BRUCHSTELLEN ABC

Monatliches Infoblatt des Anarchist Black Cross Wien | *Nummer 69 / Jahr 7* | *Wien, April 2021*

Editorial

Bruchstellen ist der monatlich erscheinende Newsletter von Anarchist Black Cross Wien. Wir wollen damit den Infos, die uns jedes Monat überschwemmen, einen passenden Rahmen zur Veröffentlichung bieten. Darunter werden sich Neuigkeiten zur Repression gegen Anarchist*innen und anarchistischer Gefangener rund um die Welt befinden. Wir wollen außerdem an den großen und kleineren Geschehnissen in Österreich dranbleiben. Das bedeutet, dass wir aktuelle Informationen zu Repression, Gefängnisneubauprojekten, Delinquenz und Widerständigkeit in den Gefängnissen (Akte der Rebellion, Ausbrüche, etc...) sammeln werden. Bruchstellen wollen eine monatliche Ergänzung von aktuellen Geschehnissen, andauernden (sozialen) Kämpfen und Terminen sein. Der Fokus liegt auf der Verbreitung von Beiträgen zu aktuellen Geschehnissen, um das Bewusstsein für die regionalen als auch internationalen Kämpfe gegen die Gefängnisgesellschaft zu stärken und diese in unserem Umfeld und über unsere Kanäle greifbarer und relevanter zu machen. Die Entwicklungen eigenständiger Projekte und Perspektiven, die uns bitter nötig erscheinen, ist einer der zentralen Punkte, der mit dieser Veröffentlichung in Zusammenhang steht. Gerne lassen wir uns auch eure Beiträge schicken und bieten damit eine Veröffentlichungsmöglichkeit in Papierform an.

Gegen die Knastgesellschaft ankämpfen! Für die soziale Revolte!

[Deutschland] Update im sogenannten Parkbank-Verfahren

quelle: de.indymedia.org



Mit der mündlichen Urteilsverkündung und der Aufhebung der Haftbefehle gegen die drei angeklagten Anarchist*innen am 05. November 2020 hatte die Hauptverhandlung im sogenannten Parkbank-Verfahren endlich ein Ende gefunden.

Die letzten Monate waren geprägt von großer Freude und Erleichterung, aber auch mehr oder minder gespanntem Warten auf die schriftliche Ausfertigung des Urteils.
Für die schriftliche Ausfertigung hat die jeweilige Kammer je nach Anzahl der Verhandlungstage eine Menge Zeit – im Falle der rund 50 Verhandlungstage in diesem Verfahren endete die Frist Mitte April 2021, fast ein halbes Jahr nach Verkündung. Diese Frist wurde eingehalten und mit einiger Verzögerung hat das über 100 Seiten fassende Urteil nun seinen Weg zu den Betroffenen und ihren Verteidiger*innen gefunden.

Mit der Zustellung des schriftlichen Urteils beginnt nun die einmonatige Frist zur Begründung der Revision, sodass der Bundesgerichtshof voraussichtlich noch in diesem Jahr über das Urteil entscheiden wird. Fristen kennt die Bearbeitung von Revisionen beim BGH nicht, Erfahrungen zeigen aber, dass im Herbst oder Winter mit einer Entscheidung zu rechnen ist.

Der Bundesgerichtshof entscheidet, ob das Urteil in der gegenwärtigen Form rechtskräftig wird und damit dann die Haftstrafen angetreten werden müssen – oder ob es teilweise oder ganz aufgehoben wird und entsprechend nach- oder gar komplett neu verhandelt werden muss.

Inhaltlich fällt es uns schwer, zur schriftlichen Form etwas zu sagen – sie gleicht in wesentlichen Zügen dem mündlichen Urteil, die betroffenen Anarchist*innen werden zu 1 Jahr 10 Monate, 1 Jahr 8 Monate und 1 Uhr 7 Monate Haft ohne Bewährung verurteilt und das Gericht geht davon aus, dass an einem Ort ein Auto und an drei anderen Orten irgendetwas anderes angezündet werden sollte.
Wir werden uns ein wenig Zeit nehmen, das schriftliche Urteil zu lesen und zu verstehen und dann gegebenenfalls nochmal zu einzelnen inhaltlichen Besonderheiten Stellung nehmen.
Soweit – nichts ist also vorbei.

Selbstverständlich kostet so eine Revision eine Menge Geld und derzeit ist es denkbar schwer, an welches zu kommen – wir freuen uns also weiterhin über Spenden.

Solidarische Grüße an alle anderen, die derzeit von Repression betroffen sind.

Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen in Chile und allen anderen kämpfenden Gefangenen!

Freiheit für alle!

[Österreich] Polizeirepression gegen Raddemo

quelle: emrawi.org



Heute, 9.4.21 wurde eine antifaschistische Demonstration von der Polizei aufgelöst und die Namen der Personen festgestellt. Teilweise wurden auch Fotos von ihnen gemacht und Kleidung bzw. Rucksäcke durchsucht. Die Polizei hat sich auf den § 118 StPO berufen. Die Identitätsfeststellungen seien also wegen angeblicher gerichtlicher Straftaten und nicht bloß wegen Verwaltungsübertretungen erfolgt. Um welche Straftaten es sich handeln soll, ist unklar.

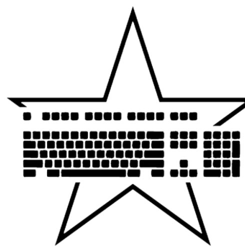
§ 118 StPO regelt die Zulässigkeit von Identitätsfeststellungen in Strafverfahren, Verdächtige und Zeug:innen dürfen nach dieser Bestimmung kontrolliert werden.

Die Polizei ist danach auch dazu ermächtigt, Fotos von den betroffenen Person zu machen „soweit dies zur Identitätsfeststellung erforderlich ist.“ Die Durchsuchung der Bekleidung einer Person und der Gegenstände, die sie bei sich hat, ist nur dann zulässig, wenn „die Person an der Identitätsfeststellung nicht mitwirkt oder ihre Identität aus anderen Gründen nicht sogleich festgestellt werden kann.“ Jedenfalls ist den beamtshandelten Personen auf Aufforderung mitzuteilen, „aus welchem Anlass die Feststellung erfolgt.“

Wenn ihr heute von Repression betroffen wart, macht ein Gedächtnisprotokoll und verwahrt es sicher. Solltet ihr irgendwann Post von der Polizei bekommen oder euch gegen die Maßnahmen der Polizei juristisch wehren wollen, hilft es euch später als Erinnerungsstütze. Ihr könnt euch gerne auch bei uns melden.
https://at.rechtsinfokollektiv.org

Angriff auf nostate.net – Server beschlagnahmt

quelle: barrikade.info



Niederländische Bullen haben am 29. März das NoState-tech-collective angegriffen und mit der Beschlagnahme von Servern weltweit mehrere Informationsplattformen aus anarchistischen und linksradikalen Kreisen lahmgelegt.

Nebst wichtigen Informationsplattformen aus Kanada (z.B. MTL Counter-Info und North Shore Counter-Info) sind auch länderunspezifische Seiten (wie 325 und Act for Freedom Now) und diverse Seiten aus dem Berliner Raum betroffen, nicht zuletzt der Blog des EA. Auch die Seiten des Mietenwahnsinn-Bündnisses, von Zwangsräumungen verhinden, ABC Berlin, dem 1.Mai-Bündnis, dem Interabend und von Locations (Lunte, Potse. Thommyhaus, …) sind aktuell offline. Die Seiten sind in Kopie über das Internet Archive abrufbar, die Links dazu finden sich auch auf notstate.net.

[Anm. d. R.: Die Beschlagnahme steht ziemlich sicher in Verbindung mit der Repression gegen 325. Dazu auch ein Statement von 325 weiter unten]

[Griechenland] Erklärung von Dimitris Koufontinas, der heute (14.03.2021) seinen Hungerstreik beendet hat

quelle: enough-is-enough14.org



„Ich bin mit Herz und Seele bei euch, unter euch“

Solidarität ist die entscheidende Bedingung, die uns in den Kämpfen vereint.

Ich danke meinen Freund:innen und Genoss:innen, die sich mit mir solidarisiert haben. Ich danke allen fortschrittlichen Menschen für ihr Mitgefühl, das nicht bloß Sympathie für eine Person war, sondern in einem Moment des Kampfes, gegen eine unmenschliche Kraft.

Solidarität und Unterstützung, die gezeigt haben, dass es lebendige gesellschaftliche Kräfte gibt, die sich gegen Willkür, Gewalt und Autoritarismus wehren. Und das gibt neue Hoffnung.

Die herrschende Familie hat gezeigt, wie rücksichtslos sie die Gesetze und die Verfassung, die Rechtsprechung degradiert. Ich belasse es dabei.

Sie werden von den Menschen beurteilt, die auf die Straße gehen. Was da draußen passiert, ist viel wichtiger, als wie es angefangen hat.

Angesichts der Wucht dieser Kämpfe erkläre ich meinerseits, dass ich mit Herz und Seele bei euch bin, mitten unter euch.

14. März, 2021

[Chile] Kommuniqué zur Beendigung des Hungerstreiks von Genosse Tomas Gonzalez Quezada

quelle: enough-is-enough14.org



Chile. Eine Nachricht von Tomas Gonzalez Quezada, der seinen Hungerstreik nach 17 Tagen beendet hat.

Als subversiver Gefangener ziehe ich mich offiziell aus dem flüssigen Hungerstreik zurück, in dem ich mich zusammen mit 9 anderen Genoss:innen aus verschiedenen Gefängnissen befand, für die Aufhebung des Art. 9 und im Gegenzug die Wiedereinführung des Artikels 1 des D.L 321, die Freilassung des in der C.A.S. entführten Genossen Marcelo Villarroel und die Anprangerung der Anwendung der Untersuchungshaft als Strafe durch die chilenischen Gerichte der Ungerechtigkeit.

Meine Entscheidung, den Streik zu beenden, bedeutet nicht, dass ich den Kampf aus irgendeinem Grund aufgebe, ich werde den Kampf wie bisher fortsetzen, aber von einer anderen Position aus, da meine Gesundheit beeinträchtigt ist, sowohl durch den Streik, an dem ich 17 Tage lang teilgenommen habe, als auch durch die Tatsache, dass ich seit mehr als einem Jahr in diesem Gefängnis lebe, in dem ich aufgrund der Einschränkungen der Gefangenen nie in der Lage war, ausreichend zu essen, es ist sehr schwierig, an einem schrecklichen Ort wie diesem stark oder gesund zu bleiben.

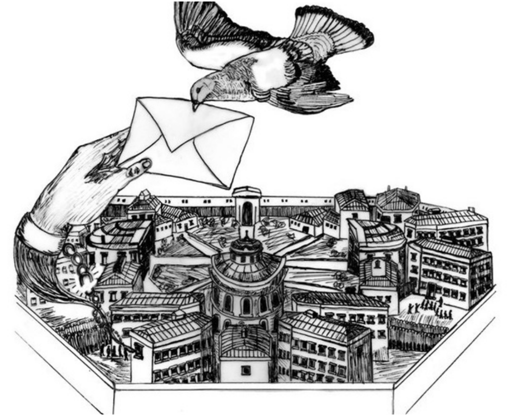
Abschließend rufe ich dazu auf, den Bollwerk des Kampfes für die Aufhebung der letzten Änderungen des Dekretgesetzes 321, das unseren mit langen Strafen inhaftierten Genossen das Recht auf Bewährung nimmt, und vor allem die Freilassung aller subversiven, anarchistischen, revoltierenden und Mapuche-Befreiungs-Genossen weiterhin aktiv zu führen!

Solange es Elend gibt, wird es Rebellion geben!!!

Tomas Gonzalez Quezada

Presx subversivx
Cárcel-empresa Santiago 1.
8. April, 2021

[Deutschland] Brief von Kalito aus der JVA Tegel zu seiner Situation



Kalito hat uns diesen Brief zukommen lassen mit der Bitte um Veröffentlichung:

Ich sitze seit dem 12.02.2006 durchgehen in Haft, mit einer 16-jährigen Haftstrafe. Am 12.09.2019 gab man mir mal Lockerung mit Ausgängen, aber natürlich nur mit voller Montur.

Man beendet meinen Ausgang einfach eine Stunde früher, mit der Aussage, dass ich einen Linksextremen gegrüßt hätte. Mein zweiter Ausgang sollte lockerer und auch länger gehen, doch am Ende war ich wieder in kompletter Montur und nur zum Amt mit Taxi gefahren und danach sofort zurück in die Anstalt.

Dann bin ich nach Plötzensee verlegt worden und dachte alles wird besser. Am Anfang lief auch alles gut. Doch dann behauptete ein Vergewaltiger, dass ich ihn Misshandelt haben soll, es gab keinen Beweis gegen mich und trotzdem wurde ich ohne eine Anhörung Hand zu Hand genommen und durfte nur mit Handschellen und alleine eine Stunde meine Zelle verlassen, und nur jeden dritten oder vierten Tag duschen gehen.

Eines Morgens ging kurz meine Zelle auf und eine Pfeffergranate kam reingeflogen und obwohl ich in meinem Bett lag, schlugen 12 Beamte auf mich ein, da ich mich ja angeblich gewehrt hätte. Ich wurde grün und blau geschlafen, nach Tegel verlegt und in den Bunker eingesperrt. Nach der Quarantäne bin ich ins Haus 6 verlegt worden und habe einen besonderen Status erhalten, so dass ich hier nichts bekommen werde.

Die Situation wird immer schlechter in der JVA Tegel, und es wird hier nicht mit uns gearbeitet. Oder auch wird hier keiner auf seine Freilassung vorbereitet, die Sozialarbeiter sind inkompetent. Denn es interessiert nicht, was später mit uns in der Freiheit geschieht, Hauptsache sie gehen nach acht Stunden Nachhause und machen so wenig wie es geht.

In Solidarität
Free for all
Kalito



ANARCHIST DEFENCE FUND
neue website!!! afund.info

Unsere kollektive Solidaritätsstruktur unterstützt Anarchist*innen auf der ganzen Welt, wenn sie verfolgt werden oder sich in einer schwierigen Lebenssituation aufgrund ihrer politischen Ideen oder Aktivitäten wiederfinden.

Wir unterscheiden uns stark von anderen Solidaritätsstrukturen, da wir eine direkte Beteiligung an der Verteilung von Geld anstatt der gewöhnlichen Solidarität im Wohltätigkeitsstil bieten.

[Deutschland] Thomas Meyer-Falk: Lautstarke Debatte im Bundestag um Indymediaverbot



Am 25. Februar 2021 debattierte der Deutsche Bundestag auf Antrag der AfD über die Frage, ob der Bundestag die Regierung auffordern solle, umgehend die Plattform de.indymedia.org zu verbieten. Der Antrag der AfD stieß einhellig auf Ablehnung. An der etablierten Presse ging die Debatte offenbar vollständig vorbei.

Vorgeschichte und AfD-Antrag
Nachdem am 14.08.2017 der Bundesinnenminister Linksunten.indymedia verboten hat und eine Klage gegen das Verbot vor dem Bundesverwaltungsgericht im Januar 2020 scheiterte, schoss sich neben dem Bundesamt für Verfassungsschutz insbesondere die AfD auf de.indymedia.org ein. Im Juni 2020 forderte neben Beatrix von Storch, Dr. Curio, Dr. Gauland, Alice Weigel, die gesamte AfD-Fraktion ein Verbot der Plattform (vgl. Bundestagsdrucksache 19/20682). Auf sieben Seiten führten die AfD Abgeordneten einige ihnen missliebige Zitate von auf indymedia gefundenen Erklärungen auf, beklagten „Hetzaufrufe (gegen) Polizeibeamte" (S.4), und unterstellten der Plattform eine Unterstützung, ja Förderung „linksextremen Terrors" (S.5).

Gefordert werden von der AfD ein Verbot des Vereins „Indymedia", ein Verbot der entsprechenden Internetseite, sowie ein Verwendungsverbot für das Logo von indymedia (S.2).

Der mit dem Antrag befasste Bundestags-Ausschuss für Inneres und Heimat empfahl mehrheitlich, gegen die Stimmen der AfD, eine Ablehnung des Antrages (vgl. Bundestagsdrucksache 19/24123).

Die Debatte im Bundestag am 25. Februar 2021
Am sehr späten Nachmittag des 25.02.2021 fand eine 30 Minuten dauernde Debatte im Plenum des Deutschen Bundestages über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Heimat statt. Um es vorweg zu nehmen, es ging sehr turbulent zu. Der erste Redner, Christoph Bernstiel (CDU/CSU) beklagte ein Erstarken des Linksextremismus, plädierte aber dafür nicht groß über ein etwaiges Verbot zu diskutieren, es gewissermaßen anzukündigen, sondern zu handeln! Im übrigen gehe die Annahme der AfD fehl, dass es sich bei der Plattform um einen verbotsfähigen Verein handele. Und „wo es keinen Verein gibt, kann man auch keinen Verein verbieten."
Bei ihm habe der AfD-Antrag den Eindruck hinterlassen, dass ein Mitarbeiter der AfD in seiner „Mittagspause sein Brötchenpapier genommen" habe auf das er ein Best-of von Indymedia-Zitaten „gekritzelt" habe.

Auf Bernstiel erwiderte dann unmittelbar Beatrix von Storch (AfD), die sogleich betonte, indymedia gehe es „nicht um Menschheit, Gerechtigkeit oder die Umwelt. Die wollen schlagen, treten und plündern. Sie wollen demütigen, einschüchtern und bedrohen, anzünden, abfackeln und zerstören. Die wollen Terror, und sie wollen töten." Im weiteren Verlauf ihres Redebeitrags attestierte von Storch den Redaktionsstuben, Universitäten, Umweltverbänden, Gewerkschaften, NGOs, aber auch Mitgliedern des Bundestages und der Regierung „Sympathisanten dieser linken Gewalt" zu sein.

Die Abgeordnete Susann Rüthrich (SPD) beklagte im Anschluss an von Storchs Rede, eine eklatante Senkung des Niveaus. Offenbar nerve die AfD die Recherchearbeit von indymedia, da diese rechtsextreme Netzwerke aufdecke, insbesondere die Verbindungen und Verstrickungen von AfD Abgeordneten in die rechte Szene. Immer wieder unterbrachen Abgeordnete der AfD die Rednerin durch Zwischenrufe.

Anschließend sprach von der FDP der Abgeordnete Konstantin Kuhle. Er attackierte die Plattform scharf, ebenso seine Vorrednerin der SPD, deren Auftritt er als „erbärmlich" bezeichnete. Dessen ungeachtet, so Kuhle weiter, lehne die FDP ein Verbot ab und führte u.a. die Meinungsfreiheit ins Feld.

Ulla Jelpke (Die Linke) arbeitete heraus, dass durch das Konzept von indymedia, nämlich der Möglichkeit anonym zu schreiben, „dort leider auch viel Müll" zu finden sei, um sich dann aber klar und deutlich an die Seite der Plattform zu stellen. Bei indymedia finden nämlich „berichte über Polizeigewalt und Gewalt von Rechten, die man ansonsten totgeschwiegen hat." Als „wichtige Plattform für Enthüllung antifaschistischer Recherche über die rechtsextreme Szene" sei indymedia unerlässlich und sie danke ausdrücklich dafür! Was für reichlich Unruhe in der AfD-Fraktion sorgte.

Die Abgeordnete Dr. Irene Mihalic (Bündnis 90/ Die Grünen) führte aus, auf der Plattform werde „zu Gewalt und zum Systemsturz" aufgerufen, es „sogar Solidarisierung mit Terrorismus." Dies müsse konsequent verfolgt werden, jedoch sei ein Verbot der Seite nicht der richtige Weg. Im weiteren Verlauf ihrer Rede macht Mihalic darauf aufmerksam, dass es doch die AfD selbst sei, die von „Hetze und Aufrufen zur Gewalt" lebe, der AfD Antrag sei „so scheinheilig". Dieser Diagnose schlossen sich weitere RednerInnen an. So Helga Lindg (SPD), der der AfD vorhielt, ihr Antrag „ist an Heuchelei, Scheinheiligkeit, Bigotterie nicht zu überbieten." Man habe „in Deutschland kein Antifa-Problem (sondern) ein manifestes Neonazismus- und Faschismusproblem."

Beatrix von Storch tat sich laut Debattenprotokoll kurz vor Ende der Debatte noch mit dem Zwischenruf „Wir werden Sie jagen!" hervor.

Das Debattenprotokoll kann online auf der Website des Deutschen Bundestages nachgelesen werden (19. Wahlperiode, 212. Sitzung, den 25.02.2021, Seite 26782-26793).

In der von der AfD geforderten namentlichen Abstimmung stimmte alle Fraktionen, außer der AfD, für die Ablehnung.

Ausblick
Folgt man den in der Regel gut informierten RednerInnen von CDU/CSU wird seitens Seehofers und dessen Bundesinnenministerium ernsthaft ein Verbot geprüft, so dass es niemanden überraschen sollte, wenn eines morgens Breaking News vermelden, dass bundesweit Polizei ausrückt um ein etwaiges Verbot umzusetzen. Dass AfD und weite Teile von FDP und CDU/CSU das Konzept von einer Plattform wie indymedia nicht verstanden haben, oder nicht verstehen wollen, zumindest in ihrer Außendarstellung, verwundert nicht. Würde es ihnen inhaltlich ernstlich um die Gewaltfrage gehen, hätte es ausreichend Gelegenheit gegeben, beispielsweise in Redaktionsstuben von FAZ oder Süddeutscher Zeitung einzurücken, wenn dort Mitarbeitende in Kommentaren völkerrechtswidrige Überfälle auf Drittstaaten, und damit die vielen Toten rechtfertigen. Oder in die Büros eines damaligen Regierenden Bürgermeisters Scholz in Hamburg, als er die brutalen Übergriffe der Polizei vollständig negierte, obwohl das Bildmaterial eindeutig schwere Misshandlungen von Demonstrantinnen und Demonstranten belegte.

Indymedia ist nicht nur aus dem politischen Raum, sondern auch technisch Opfer von heftigen Angriffen; so war in den letzten Tagen und Monaten die Seite vielfach nicht erreichbar. Dies stellt eine Attacke auf die Möglichkeit von Menschen in prekären Lebensverhältnissen dar, sich frei zu informieren und zu äußern. Denn wie zu Recht viele Rednerinnen und Redner, allen voran Ulla Jelpke, betonten, auf indymedia finden sich Informationen die ansonsten totgeschwiegen werden von den etablierten Medien! Indymedia gibt den ansonsten unsichtbaren, stummen Menschen eine Möglichkeit die Stimme zu erheben!

Thomas Meyer-Falk
z.Zt. JVA (SV)
Herman-Herder-Str. 8
D-79104 Freiburg
https://freedomforthomas.wordpress.com

Kommuniqué des 325 Kollektivs zum repressiven Angriff auf die internationale Counter-Information

quelle: enough-is-enough14.org

Am 29.03.21 führte die niederländische Polizei eine Razzia in dem Datenzentrum durch, in dem sich der nostate.net Server befindet, und beschlagnahmte den Server selbst als Teil strafrechtlicher Ermittlungen wegen „Terrorismus". Nostate.net ist ein Kollektiv, das eine Plattform für internationale Bewegungs-Webseiten von Solidaritätsgruppen für Gefangene, mehrere Kampagnen-Kollektive, Anti-Gipfel-Seiten und internationale Counter-Informationen zur Verfügung stellte. Zu den wichtigen Seiten, die nostate.net als Plattform nutzten und die von diesem repressiven Angriff der niederländischen Polizei betroffen sind, gehören Anarchist Black Cross Berlin, Montreal Counter-Info, Northshore Counter-Info, Act For Freedom Now! (jetzt reaktiviert auf noblogs.org https://actforfree.noblogs.org/) und 325.

Als Kollektiv sind wir uns bewusst, dass dies nicht nur ein Angriff der niederländischen Polizei war, sondern in Koordination mit der Counter Terrorism Unit aus Großbritannien im Zusammenhang mit ihren jüngsten repressiven Angriffen auf anarchistische Kreise in diesem Land erfolgte. Sie haben nicht nur uns bedroht, sondern vor kurzem auch nostate.net, falls sie unsere Seite nicht abschalten. Damit einhergehend verlangten sie, dass ihnen Informationen über die Identität von jedem, der an 325 beteiligt ist, gegeben werden. Das Ausmaß, in dem die Behörden gegen uns und jeden, den sie verdächtigen, uns zu unterstützen, vorgehen, ist für uns keine Überraschung, die Beispiele in der Geschichte, in denen staatliche Kräfte jeden unterdrücken, der es wagt, aufzustehen und sie zu bekämpfen, sind zahlreich.

Dieser repressive Angriff sollte als ein Angriff auf alle Counter-Informationen, auf anarchistische Kreise international gesehen werden. Unter den gegenwärtigen Bedingungen von Covid-19 und den repressiven Maßnahmen von Staaten auf der ganzen Welt ist es für uns keine Überraschung, dass sie auf internationaler Ebene zusammenarbeiten. Die jüngste Repression gegen den anarchistischen Genossen Gabriel Pomba da Silva, bei der spanische, italienische und portugiesische Staaten zusammenarbeiten, ist ein mehr als offensichtliches aktuelles Beispiel. Wir erinnern uns an die Repression von Indymedia in Deutschland und Griechenland, sowie vor nicht allzu langer Zeit an die Inhaftierung von Genoss:innen, die in Culmine, ParoleArmata und Croce Nera Anarchica in Italien aktiv waren. Über die Jahre hinweg wurden die Kommunikationsmittel der internationalen anarchistischen Bewegung angegriffen, zahllose anarchistische Publikationen wurden durchsucht, Genoss:innen verhaftet und sogar Publikationen zensiert oder zerstört, wie in der nicht allzu fernen Vergangenheit Alfredo M. Bonnanos „Bewaffnete Freude" in Italien oder auch „The Sun Still Rises" von Conspiracy of Cells of Fire in Griechenland.

Es ist auch kein Zufall, dass dieser repressive Angriff genau jetzt erfolgt, nach unserer jüngsten Veröffentlichung von ‚325 #12 – Gegen die vierte und fünfte industrielle Revolution,. Diese Publikation, die unserer Meinung nach den Kern dessen trifft, was die Staaten und der Kapitalismus vorantreiben, früher und jetzt erst recht, unter dem Deckmantel der Covid-19-Pandemie, ist eine direkte Bedrohung für ihre Pläne der Unterwerfung, der Robotisierung und Automatisierung von allem. Ihr Angriff hat kurzzeitig die Verbreitung unserer Publikation sowohl online als auch physisch beeinträchtigt, aber er ist zwangsläufig gescheitert. Die Technokraten, die unsere Welt in eine einzige wogende technologische militarisierte Gefängnisgesellschaft formen wollen, werden entlarvt, nicht nur durch uns, sondern durch die bereits wachsenden internationalen Angriffe auf ihre Infrastruktur. Das ist es, was sie fürchten, dass dies wachsen kann, und deshalb haben sie es auf uns abgesehen. Soweit wir wissen, greift die Polizei, die versucht, uns zu jagen, auf Taktiken aus ihrer alten repressiven Trickkiste zurück, indem sie versucht, andere zum Verpfeifen zu bringen und Counter-Informationen zu unterdrücken. Seit ihrer „Operation Rhone", die darauf abzielte, die anarchistischen Kreise in Bristol anzugreifen, hatten sie nur eine Person erwischt, die in einen Angriff verwickelt war, aber niemanden, der an der Informal Anarchist Federation oder den anderen unzähligen anarchistischen Angriffen beteiligt war. Offensichtlich haben sie kein Feuer der Rebellion unterdrückt, wie der Aufstand, der Angriff auf die Polizeistation und das Niederbrennen von Bullenkarren letzten Monat zeigt.

Es ist zu lange still gewesen auf dieser Insel der Konformität, während die Welt draußen wieder zu brennen beginnt, glüht diese Asche noch und wir spüren ihre Wärme. Mehr denn je ist eine internationale Koordination zwischen den Genoss:innen absolut notwendig, um diesen stinkenden Leichnam direkt anzugreifen, der versucht, sich wieder aufzurichten, um uns weiterhin einzusperren. Gegeninformation ist ein integraler Bestandteil dieser internationalen Koordination, damit diejenigen, die für die Freiheit in dieser Welt handeln wollen, die Signale der Komplizenschaft in jeder möglichen Sprache sehen, die eine Sprache des Aufstandes und der Anarchie sprechen. Es muss eine Wiederbelebung des internationalen Gegeninformationsnetzwerks geben, um wieder zu einer internationalen Bedrohung zu werden, nach der repressiven Reaktion, die versucht, Anarchist:innen voneinander zu isolieren, nicht nur auf der ganzen Welt, sondern sogar lokal. Das 325-Kollektiv bewegt sich weiter auf diesem Weg, den wir bereits eingeschlagen haben, auch jetzt fahren wir mit unseren Publikationen fort, darunter ein neuer Nachdruck von „325 #12„, eine neue erweiterte Ausgabe von „Dark Nights" und weitere Projekte für die Zukunft auf internationaler Ebene. Sie werden uns nicht zum Schweigen bringen oder aufhalten und wir werden unsere Rache haben!

Was die Website betrifft, können wir noch nicht sagen, ob sie zurückkehren wird. Es ist uns sehr klar, dass, wenn sie als „325" irgendwo anders im Internet wieder aufersteht, die Behörden sie sofort wieder ins Visier nehmen werden. Das bedeutet auch, dass wir in Zukunft jeden Provider gefährden könnten, sowie andere Gegeninformations- und Bewegungsprojekte der Gefahr aussetzen, abgeschaltet zu werden, wie es bei dem jüngsten repressiven Angriff geschah. Wer weiß, wohin uns das alles führen wird? Was wir wissen, ist, dass wir weit davon entfernt sind, im Angesicht des Feindes einen Rückzieher zu machen, nicht einen Schritt zurück. Vielleicht ist es das Beste, zum traditionellen gedruckten Wort zurückzukehren, die Gesichter der Menschen zu sehen, Worte zu sprechen, zu konspirieren. Wir werden nicht sagen, dass die Seite nie zurückkehren wird, auch nicht, dass sie sich als neues Projekt neu manifestieren wird, das wird sich zeigen.

Für den Moment gilt unsere absolute Solidarität den Genoss:innen von nostate.net & Act For Freedom Now! Zusammen mit allen anderen betroffenen Counter-Info-Projekten.

NICHTS IST VORBEI, DER KAMPF GEHT WEITER!

325 Kollektiv

[Österreich] Angriff auf ÖVP-Infrastruktur

quelle: emrawi.org



Gestern Nacht haben autonome Gruppen in Wien ein Parteiheim der ÖVP angegriffen. Diese ist momentan, wie auch ihr Koalitionspartner, direktester Ausdruck einer nationalistischen wie patriarchalen Zuspitzung und des Ausbaus eines rassistischen Überwachungsstaates.

Wir wollen damit zum einen einen Akt militanter Solidarität mit all jenen setzen, die unmittelbar unter dieser Zuspitzung leiden: Fast wöchentlich finden Charter-Abschiebungen nach Afghanistan, Russland und Nigeria statt, permanent Einzelabschiebungen in die ganze Welt. Die Menschenleben, die sie dadurch zerstören, die sie absichtlich und wissentlich Gewalt, Misshandlung, Verfolgung und Mord aussetzen, interessieren sie nicht. Es zählt allein die EU-Bürokratie: Und die strebt mit aller Macht nach Weißer Hegemonie.

Zum anderen wollen wir dem herrschenden Regierungsapparat deutlich zu verstehen geben, dass wir nicht gewillt sind, seine White-Pride-Politik weiterhin ohne offensive Gegenpraxis mitzutragen. Es spielt keine Rolle, ob es sich dabei um Türkis, Rot, Grün oder Blau handelt – wer eine diskriminierende, menschenverachtende Politik wie auch immer mitträgt oder selbst aktiv betreibt, muss mit Gegenwehr rechnen.
Wir wissen, dass wir mit militanten Aktionen, keine Abschiebung real verhindern. Zugleich finden wir es unabdinglich neben der Unterstützung von People on the Move, solidarischer Community-Arbeit, legalen Demos, widerständigen Blockaden auch militante Praxis im klandestinen Rahmen zu praktizieren bzw. weiter gefasst: als absolut legitim und wichtig zu etablieren.

Die herrschende Regierung, ihre bürokratischen Apparate, die Bullen, der V-Schutz sowie im Besonderen die rassistischen Institutionen des BfA und BMI können das durchaus als Warnung verstehen: Solange wie es Abschiebungen gibt, Menschen aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert, schikaniert, misshandelt oder ermordet werden, über Wochen und Jahre in Abschiebeknästen, vergitterten Containerdörfern in Industriegebieten oder auf 1.500 Seehöhe gesperrt werden, solange wird es Widerstand geben und dieser wird wachsen.



In eigener Sache & Termine mit/von/ohne ABC W:
~~14.-15.05.2021 ABC Fest~~ **abgesagt[more infos soon]**

Kostenloser Versand an Gefangene/Infoläden.
Melden könnt ihr euch unter:

Kontakt: ABC Wien
Postfach 18, 1100 Wien
abcwien@riseup.net
https://www.abc-wien.net/

Zurück bleiben Trauer, Wut und Unverständnis

quelle: barrikade.info

Dieser Text versucht die Geschehnisse rund um den Repressionsfall in Zürich aufzuarbeiten, bei dem ein ehemaliger anarchistischer Gefährte gegenüber der Staatsanwaltschaft den Verdacht auf andere Leute in seinem Umfeld gelenkt hat, um sich selbst zu entlasten. Es geht um Repression, Verrat und andere Abgründe.

Worum geht es?
Im Januar 2019 wurde in Zürich ein ehemaliger Gefährte verhaftet. Ihm wurden Brandanschläge auf Fahrzeuge der Armee im Jahr 2015 in Hinwil und auf die Notfunkstation Waidberg der Stadtpolizei Zürich im Jahr 2016 vorgeworfen. [1] Vor seiner Festnahme wurde der ehemalige Gefährte monatelang überwacht.

Im Knast reichte der Gefangene ohne Rücksprache mit seinem Unterstützer*innenkreis bei der Schlusseinvernahme, also bevor die Ermittlungen abgeschlossen waren, eine schriftliche Stellungnahme bei der Staatsanwaltschaft ein. Darin bestritt er etwas mit den ihm vorgeworfenen Brandstiftungen zu tun zu haben und lenkte dabei den Verdacht auf seine Freund*innen und Bekannte.

Daraufhin, im September 2019, gab die damalige Soligruppe, die sich um den Verhafteten gebildet hatte, in einem Schreiben ihre Entsolidarisierung bekannt. Erstens, weil in der Stellungnahme Aussagen gemacht wurden, die spezifisch gegen eine andere Person verwendet werden könnten (und sich der Gefangene dessen bewusst zu sein scheint). Zweitens, weil der Gefangene in der Stellungnahme den Verdacht explizit auf seinen Freundes- beziehungsweise Bekanntenkreis lenkte.

Nach einem knappen Jahr in U-Haft wurde der ehemalige Gefährte Mitte Dezember 2019 zu 42 Monaten Gefängnis verurteilt. [2]

Was will dieser Text?
Dieser Text ist eine Ergänzung zum Schreiben „Zur Einlassung des Gefangenen von Zürich", [3] das die Ex-Soligruppe im September 2019 veröffentlicht hat. Die Überlegungen hier kommen allerdings nicht von der damaligen Soligruppe. Vielmehr sind sie in kollektiven Diskussionen eines erweiterten anarchistischen Zusammenhangs entstanden. In Diskussionen unter Menschen entstanden, die dem Gefangenen und der Soligruppe teils näher, teils weniger nahe standen und stehen, und die sich mit dem Vorgehen des Gefangenen auseinandersetzen und den Vorfall kollektiv aufarbeiten wollten.

Wir machen in diesem Text mehr Informationen zu dem Fall publik, als bisher öffentlich zugänglich war. Denn wir glauben, dies ist nötig und wichtig, damit sich auch andere mit den damit einhergehenden Fragen beschäftigen können. Sei es in diesem spezifischen Fall, oder um für die Zukunft daraus zu lernen. Dieser Text ist deshalb auch als Anregung zu verstehen, sich darüber hinaus mit den Themen Repression, Gefängnis und Verrat zu beschäftigen.

Wir werden darin Ausschnitte aus dem Statement wiedergeben, dass der Gefangene bei der Staatsanwaltschaft eingereicht hat. Es geht uns dabei aber nicht darum, darüber zu spekulieren, ob seine Aussagen wahr sind oder nicht. Das ist schlichtweg unwichtig. Es geht uns um den Fakt, dass er diese Aussagen so gemacht hat. Es geht uns darum, den Kontext dieser Aussagen möglichst deutlich zu machen: Dass sie gut überlegt waren, und gezielt andere Leute belasten, um den eigenen Hals aus der Schlinge zu ziehen. Dass sie kein Halbsatz nach einem mehrstündigen Verhör waren – sondern ein geplantes, strategisches Vorgehen.

Was steht in dem Statement?
Zur Brandstiftung an Armeefahrzeugen auf einer militärische Einrichtung in Hinwil, behauptet der ehemalige Gefährte in seiner schriftlichen Stellungnahme, am Tag vor der Brandstiftung an dem besagten Ort gewesen zu sein, sich den Ort angeschaut und dabei den Zaun angefasst zu haben, um später *„Plakate oder einen Schriftzug an diesen Fahrzeugen anbringen, um auch der Kritik an der Institution des Militärs Ausdruck zu geben."* Deshalb müsse wohl seine DNA an diesem Zaun sein.

Weiter schreibt er: *„Ich weiss noch, dass ich mich noch am selben Abend wieder zurück in Zürich mit Freunden in einer Bar traf, ich glaube, das war in der Gotthard-Bar an der Langstrasse. Dabei waren Leute, die ich teils besser, teils weniger gut kannte. Auch in dieser Runde kam das Gespräch auf die stattfindende Armeeübung (…). Ich weiss noch dass ich an diesem Abend mit einer Person sprach, die sagte, dass sie es angebracht fände, in diesem Kontext etwas Konkreteres zu machen. Ich erwähnte deshalb, dass ich an diesem Abend in Hinwil war und mir gedacht habe, man könnte dort vielleicht an den abgestellten Armeefahrzeugen Plakate oder Schriftzüge anbringen. Die Person kannte der Ort offenbar und ich erklärte an welcher Stelle ich mir den Zaun angeschaut habe. (…) Die andere Person hatte sich dafür interessiert, aber wir redeten nur darüber.*
Schliesslich ging ich später nach Hause, ohne dass wir etwas konkreteres abgemacht oder geplant hätten. Als ich einige Tage darauf in der Zeitung gelesen habe, dass auf dieser Logistikbasis offenbar Armeefahrzeuge gebrannt haben, war ich sehr überrascht. Ich habe mich natürlich gefragt, ob das etwas mit dem Gespräch zu tun hatte, das ich an jenem Abend führte. Aber von Brandstiftung war an jenem Abend sicher niemals die Rede."

Zur zweiten, ihm vorgeworfenen Brandstiftung an einem Polizeifunkmasten in Zürich hat der Gefangene eine noch detailliertere Erzählung abgegeben, in der er ebenfalls wieder behauptet, weder an Beschluss noch an der Ausführung dieser Brandstiftung beteiligt gewesen zu sein – aber eben wohl andere Leute, die er kenne und mit denen er Kontakt gehabt hätte. Er führt aus: *„Ich möchte an dieser Stelle auch erklären, dass ich meine Aussage bisher zurückgehalten habe, weil offensichtlich sein wird, dass ich mit Personen Kontakt hatte, die möglicherweise an der Ausführung dieser Brandstiftung beteiligt waren. Da ich unter keine Umständen bereit bin, Aussagen bezüglich anderen Personen zu machen, müsste ich befürchten, dass sie vielleicht versuchen würden, mit Massnahmen wie Isolationshaft Druck auf mich auszuüben. Da ich angesichts der Schwere der Anklage sowieso mit einer längeren Untersuchungshaft rechnete, dachte ich mir, dass es besser sein wird, vorerst die Aussage zu verweigern und auf spätere Einvernahmen zu warten."*

Es folgen dann lange Ausführungen zu „jenem Abend". In seinen Ausführungen werden zwei Personen erwähnt, die er in der Nähe dieses Funkturms angetroffen haben will. *„An einem gewissen Punkt, ich glaube, es hatte schon gedämmert, also vielleicht 21-22 Uhr, sah ich zwei Personen, die ich kannte, mit Fahrrädern und Rucksäcken den kleinen Weg zum Aussichtspunkt hochkommen. Ich rief ihnen zu, sie kamen zu mir und wir redeten noch etwas miteinander. (…) Ich fragte, was sie vorhaben, und sie sagten etwas von einem Fest im Wald. Als sie sich nach etwa einer halben Stunde wieder verabschiedeten, fragte ich, ob ich mit ihnen mitkommen kann, da ich jetzt ja nichts mehr vorhabe heute Abend. Sie antworteten etwas ausweichend und meinten, dass sie eben noch etwas anderes vorhaben. Ich fragte nicht weiter und wir verabschiedeten uns.*
Nach ein paar Minuten kamen sie wieder zurück und fragten mich ob ich Lust hätte, bei etwas zu helfen. Ich bejahte grundsätzlich und sie erklärten, dass sie eine Leiter durch den Wald tragen müssen, die ziemlich schwer sei, und zu dritt würde es sicher einfacher sein als zu zweit. (…) Als ich fragte, wofür sie denn diese Leiter brauchen, meinten sie, eben auch wegen diesem Fest. (…) Weil die eine Person einen grossen Rucksack und eine Tragtasche hatte, habe ich ihr fast den ganzen Weg das Fahrrad abgenommen und bin im Schritttempo nebenher gefahren. Dabei muss es sich um das gefundene Mountainbike gehandelt haben."

Die sehr ausführliche Geschichte geht dann weiter: *„Ich sah dann, dass in der einen Tragtasche, die am Boden stand, zwei Seitenschneider lagen. Ich nahm sie heraus und fragte, was sie denn damit vorhaben. Als sie etwas ausweichend meinten, nichts und ich solle sie wieder weglegen, war mir klar, dass sie irgendetwas vorhatten, es aber mir nicht sagen wollten. Ich hakte nach und sie sagten schliesslich, dass sie sich diesen Funkturm mal etwas genauer anschauen wollten, und dass sie eben dafür auch die Leiter brauchen, um über die Umzäunung zu klettern. Die Seitenschneider haben sie einfach mal mitgenommen. (…) Dass es nicht legal sein wird, dort hinein zu klettern, war mir natürlich klar, und ich sagte dann auch, dass ich nicht wirklich einverstanden bin, dass sie hier diese Leiter, auf der ja nun meine Fingerabdrücke sind, für etwas Illegales verwenden. Sie meinten daraufhin, dass sie die Leiter noch mit Shavel-Wasser abputzen würden und zeigten mir auch, dass sie sogar so Schutzanzüge dabei haben. (…) Jedenfalls fand ich schliesslich, dass ich dann wenigstens beim Putzen dieser Leiter dabei sein will. Daraufhin zogen ich und eine andere Person uns je so ein Schutzanzug über, wovon sie offenbar mehrere dabei hatten. (…) Ich erinnere mich, dass sich die andere Person einmal etwas mit einer Tragtasche entfernte. Ich kann mir nicht erklären, wie es dazu kommt, dass offenbar an Latexhandschuhen Mikro-Spuren von Benzin gefunden worden sein soll, da ich damals weder jemals Benzin sah, noch roch, noch jemand etwas solches erwähnte. Wenn ich es im Nachhinein betrachte, könnte es aber vielleicht sein, dass in diesem Moment die andere Person in dieser Tragtasche irgendetwas mit einer Flasche Benzin herum hantierte. (…) Noch während wir zurückgingen, hörten wir aus dem Wald Musik laut werden, es klang nach einer grossen Musikanlage. Das musste offenbar das Fest sein, das sie erwähnten. Sie wollten gleich dort hinschauen und fragten mich ob ich auch mitkomme. Ich sagte aber, dass ich nach Hause gehe, und meinte noch als Witz sie sollen keinen Seich anstellen."*

Der Gefangene macht mit den darauf folgenden Zeilen seine Anschuldigungen noch deutlicher: *„Ich habe dann einige Tage später natürlich auch davon gehört, dass diese Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, bei denen offenbar eine Person gesucht wurde, die einer Brandstiftung auf dem Funkturm beim Waidberg verdächtigt wird. Ich war schockiert, als ich davon hörte. Einerseits deswegen, weil mir klar war, dass das wohl mit jenem Abend etwas zu tun haben muss, ich aber solches in keiner Weise erwartet hätte, aber vor allem deswegen, weil so prompt und so heftig darauf reagiert wurde. In St. Gallen wurde ja offenbar ein Haus mit gezogenen Waffen gestürmt. Ich machte mir Sorgen um die Person, die da gesucht wird, aber ich dachte auch daran, dass ich dort ebenfalls mit diesen Schutzanzügen mit herum hantierte, und dass ja vielleicht auch Dinge mit meinen Spuren zurückgeblieben sind, wenn dort offenbar irgendetwas falsch gelaufen sein muss."*

Der Gefangene hat somit einen Gefährten, der auf der Flucht ist, [4] sowie eine weitere Person mit seinen sehr detaillierten Aussagen an diesen Ort platziert. Er hat zwar keine Personen direkt namentlich erwähnt, aber mit seinen Beschreibungen und Ausführungen den Verdacht auf spezifische Menschen gelenkt. Er, der gemäss seinen eigenen Aussagen erst behauptet, nicht bereit zu sein über andere Personen Auskunft zu geben, belastet dann doch sehr deutlich zwei Personen, die er scheinbar kennt. Zusätzlich verbindet er in dem Statement eine Hausdurchsuchung bei einer Person direkt mit diesem Fall.

Was ist nach dem Statement passiert?
Als die damalige Soli-Gruppe und andere Menschen von diesem schriftlichen Statement erfahren haben, kontaktierten sie den Gefangenen, fragten nach seiner Motivation und seinem Wohlergehen. Diese Nachfragen beantwortet er damit, dass er in guter Verfassung sei, sich dessen, was er gemacht hat, sicher und sein Statement ein strategisch kluger Schachzug gewesen sei. Er wurde aufgefordert seine Aussagen zurückzuziehen und darüber informiert, dass er unter den Umständen nicht mehr von der Soli-Gruppe unterstützt werden würde. Der Gefangene hat es zu diesem Zeitpunkt jedoch abgelehnt, das Statement zurück zu ziehen. Erst Monate später, kurz vor der Gerichtsverhandlung, hat er seine Aussagen doch noch widerrufen und als frei erfunden bezeichnet.

Doch der Schaden und der Vertrauensbruch war ohnehin schon angerichtet. Die Justizbehörden funktionieren schlichtweg nicht so, dass etwas Eingereichtes ohne Konsequenzen einfach wieder zurück gezogen werden kann. Die Staatsanwaltschaft versucht alles, was sie kann, gegen mutmasslich verdächtige Leute zu verwenden – wenn es vielleicht vor Gericht nicht als Beweis verwertbar ist, dann lässt es sich zumindest als Indiz anmerken. Wie bereits erwähnt: Wir wollen nicht darüber spekulieren, ob diese Aussagen wahr oder frei erfunden sind. Worum es uns geht, ist: der Gefangene hat versucht, sich selbst aus der Affäre zu ziehen, indem er die Aufmerksamkeit auf sein Umfeld, seine Freund*innen und Gefährt*innen gelenkt, sowie spezifische Person(en) angeschwärzt hat. Und dies war, gemäss seinen eigenen Angaben, eine strategische Entscheidung. Was sich auch nicht zuletzt darin zeigt, dass er, in seinem Statement, gewisse Sachen aus den Akten und Thesen der Staatsanwaltschaft übernommen hat – beispielsweise beim Versuch zu erklären, wieso mutmasslich DNA-Spuren von ihm an den Orten dieser Brandstiftungen gefunden wurden.

Wie hat der Gefangene reagiert?
Nachdem die Soli-Gruppe unter diesen Umständen nicht mehr bereit war, den Gefangenen weiterhin zu unterstützen und dies in einem knappen Schreiben öffentlich machte, schickte der ehemalige Gefährte etwa ein halbes Jahr später einen offenen Brief an verschiedene Orte und Menschen in dem er sich zum Statement, zur Gerichtsverhandlung und zur Reaktion der Ex-Soligruppe äusserte. Der Grundton des Briefes war vorwurfsvoll und anklagend und richtete sich vor allem an die ehemalige Soli-Gruppe. Er liefert weder Beweggründe oder konkrete Erklärungen, noch eine Entschuldigung. Die Grundaussage des Briefes ist vielmehr: Die Reaktionen der Gefährt*innen und die Entsolidarisierung sei viel schlimmer, als das was die Bullen und der Staat ihm angetan hätten – und schlimmer als sein eigener Fehler. Der Gefangene übernimmt darin keine Verantwortung für sein eigenes Handeln, sondern delegiert es vielmehr an eine vermeintlich höhere Macht, an „etwas Absurdes", „wie eine orchestrierte Intrige des Schicksals". Er schreibt, die Stellungnahme sei „bedeutungslos" gewesen, „ein Experiment, fast schon spielerisch". Nun öffentlich zu machen, er habe „jemanden implizit belastet" und Aufmerksamkeit auf sein Umfeld gelenkt, sei eine grausame „Verleumdung".

Was ist unsere Position?
Wir haben auch aufgrund des erwähnten Briefes uns entschieden, diesen Text und Auszüge aus dem Statement zu veröffentlichen. Denn solange es keine zugänglichen Informationen dazu gibt, auf welcher Grundlage die Ex-Soligruppe und andere Menschen ihre Entscheidungen getroffen haben, solange gibt es auch keine gemeinsame Basis, um über diesen Fall zu sprechen – und letztlich daraus zu lernen. Der Gefangene wird wahrscheinlich schon bald, nach Zweidrittel der abgesessenen Strafe, entlassen. Wir beschäftigen uns aktuell damit, wie wir nun weiter machen und wie wir damit umgehen sollen.

Bis heute hat sich der Gefangene nicht entschuldigt und bis heute ist er offenbar nicht bereit, Verantwortung für sein eigenes Handeln zu übernehmen, für das, was er mit seinem Statement losgetreten hat. Deswegen wollen wir nun darlegen, was sein Handeln für uns bedeutet: Es geht um Verrat. Nicht um Verrat im Sinne von „etwas ausplaudern", wie gesagt, wir wollen nicht über die Aussagen spekulieren. Sondern im Sinne eines krassen Vertrauensbruchs – eines Verrats an Gefährt*innen und Ideen, am Vertrauen seines Umfeldes, seines Unterstützer*innenkreises.

Das „bedeutungslose, spielerische Experiment" hat Konsequenzen – für seine Gefährt*innen, für seine Freund*innen, sein Umfeld, für andere Menschen. Der Knast, während einer laufenden Strafuntersuchung, ist der falsche Ort für Experimente. Nur weil die Bullen dieses Statement bisher nicht als Anlass genommen haben, um öffentlich gegen weitere Menschen aus seinem Umfeld vorzugehen, heisst das nicht, dass sie es nicht (noch) tun könnten. Oder aber, dass es deshalb in Ordnung wäre, andere Menschen zu belasten und den Verdacht auf sie zu lenken. Zu anderen Zeiten, an anderen Orten haben solche „Experimente" böse Auswirkungen auf ein ganzes Umfeld. Inwiefern dies bei diesem „Experiment" der Fall sein wird – wir wissen es nicht.

Wir sind uns im Klaren darüber, dass Isolation, Druck, psychische und emotionale Schwierigkeiten und die Gewalt, die Bullen oder Knast an sich ausüben, Menschen das Leben im Gefängnis (und auch ausserhalb) unmöglich machen können. Auch dass Menschen diesen Druck nicht mehr aushalten, ihm nicht standhalten, kann vorkommen – auch wenn dies zu verhindern natürlich das Beste wäre. Es geht uns nicht darum, irgendwelche Mythen, Dogmen oder Vorstellungen von dem*der „reinen Revolutionär*in", der*die nie zusammenbricht, zu verteidigen. Die Fragen, die Verrat, Repression, Knast umgeben, sind komplex und sollten im besten Fall diskutiert werden, bevor mensch sich mit der Situation konfrontiert sieht. Wie gesagt, im besten Fall.

Aussagen bei der Staatsanwaltschaft sind nur schon deswegen problematisch, weil sie juristisch keine gute Strategie sind. Die meisten Anwält*innen werden dazu raten, wenn überhaupt, dann erst vor Gericht Aussagen zu machen. Denn von der Staatsanwaltschaft wird alles, was gesagt wird, gegen eine*n selbst oder andere verwendet. Es geht ihr ja genau darum, möglichst viele Anhaltspunkte und Indizien zu sammeln, um Leute anzuklagen – sie entscheidet nicht über das Urteil. Aussageverweigerung ist nach wie vor die beste Selbstverteidigung, um sich und andere zu schützen. Dennoch mag es Situationen geben, in denen Menschen keine andere Möglichkeit sehen, als bestimmte Informationen preis zu geben. Doch selbst dies liesse sich tun, ohne sich dabei von Ideen, Aktionen oder Methoden zu distanzieren. Und vor allen Dingen: ohne dabei andere zu belasten.

Die Tatsache, dass sich der Gefangene in seinem Statement von den Anschlägen und den Methoden distanziert, hätte es bereits schwierig gemacht, weiterhin „revolutionäre" Solidarität mit ihm zu zeigen. Oder anders formuliert: Es wäre merkwürdig und politisch fragwürdig gewesen, sich in Zusammenhang mit seinem Fall positiv auf die Anschläge zu beziehen, wenn er selbst sich deutlich davon distanziert.

Doch das tatsächlich grosse Problem in diesem Fall ist der Fakt, dass der Gefangene andere Menschen, ohne deren Wissen und Einverständnis in sein Konstrukt hineinzieht, den Verdacht auf sie lenkt, um seinen eigenen Hals aus der Schlinge zu ziehen – und dabei die behaupteten Thesen der Staatsanwaltschaft unterstützt. Sein Statement war schriftlich, überlegt, vorbereitet. Es war keine Affekthandlung, aus der Verzweiflung des Moments oder weil er die Situation nicht mehr aushielt. Er hätte zudem (anders als viele andere Gefangene ohne Soligruppe) die Möglichkeiten und die Zeit gehabt seinem Unterstützer*innenkreis etwas mitzuteilen, sie zu informieren, um Hilfe bitten…. Er hat sich aber dazu entschieden, ohne Rücksprache, im Alleingang und aus einem Gefühl der Überlegenheit ein Statement zu machen, das andere belastet.

Und sogar angenommen, ein*e Gefährt*in macht Aussagen, die andere belasten, – etwa weil die Person zusammenbricht, dem Druck nicht mehr standhält, sich in einer schwierigen Lebenssituation befindet, die Aussagen unter Folter erpresst werden -, wenn die Person dies offen und transparent kommuniziert, sich entschuldigt, versucht die Verantwortung für die Handlung und die Konsequenzen so gut wie möglich zu übernehmen, dann wäre die Situation eine andere. Auch dann wäre ein Grundvertrauen weg, aber es blieben andere Ebenen der Interaktion. Doch auch dies war, wie beschrieben, beim Gefangenen nicht der Fall – im Gegenteil.

Aus all diesen Gründen nennen wir sein Handeln Verrat. Denn Vertrauen ineinander, und das Vertrau-

en darin, dass unsere Gefährt*innen es nicht verraten werden, ist die Grundlage für unser gemeinsames Handeln, Leben und Kämpfen.

Entsolidarisierung – und jetzt?
Das Handeln des Gefangenen hat viele lange und schwierige Diskussionen verursacht. Die Entscheidung andere Gefährt*innen und Umfelder über das Statement zu informieren, wurde alles andere als leichtfertig getroffen – und schon gar nicht ist es den Menschen leicht gefallen. Es mag kritisiert werden, dass nicht genug Informationen öffentlich gemacht wurden, nicht schon früher detaillierter über den Fall geschrieben wurde. Diese Entscheidung brauchte Zeit. Aber vor anderen Gefährt*innen und Umfeldern die Tatsache, dass jemand Aussagen gemacht hat, die andere belasten sollen, ganz zu verschweigen, wäre verantwortungslos und fahrlässig gewesen.

Es ist nicht einfach, einem*r Gefährt*in gegenüber die Solidarität, die Freundschaft oder sonst welche Unterstützung zu entziehen. Es gab und gibt Diskussionen, Zweifel, Angst vor weiterer Repression. Das Statement wirft nicht nur Fragen auf, auf die wir wohl nie Antworten finden werden, es vergiftet auch Beziehungen und ruft Unsicherheiten im erweiterten Umfeld hervor. Es hinterlässt Unverständnis, Trauer und Wut. Bis heute wissen wir sehr vieles nicht. Letztlich ist nicht mal klar, wo dieser Verrat aufhört. War das alles? Hat er noch mehr gesagt?

Die Entscheidung die Solidarität abzubrechen, rührt nicht von Dogmatismus. Sie ist eine Reaktion auf den Vertrauensbruch, die Verletzungen, den Verrat an Ideen, Gefährt*innen und Freundschaften.

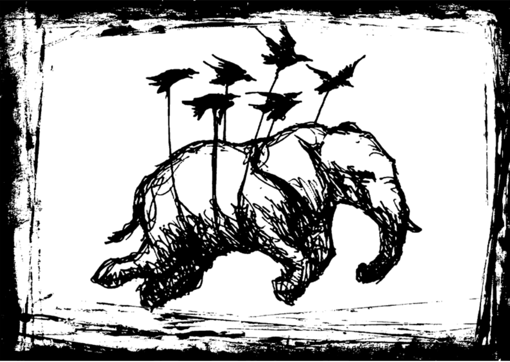
Schlussendlich zeigt dieser Fall leider auch, dass wohl niemand davor gefeit ist, sich selbst und andere zu verraten. Gerne würden wir uns sicher sein und uns selbst und einander gegenseitig versichern, dass wir niemals mit den Bullen, dem Staat kooperieren würden. Doch gerade dieser Fall belehrt uns eines Besseren – wissen können wir es letztlich nicht. Genau darum, finden wir es wichtig, sich mit den darüber hinausgehenden Fragen zu beschäftigen, sie sich selbst zu stellen, sie im politischen Umfeld zu diskutieren.

Was können die Konsequenzen meines Handelns für mich und andere sein? Glaube ich selber an das, was ich sage und schreibe? Was bedeutet die Umsetzung meiner Ideen? Was habe ich für eine Position in einem solchen Fall?

Für uns, die Autor*innen dieses Textes, steht fest: Wir vertrauen dem Gefangenen nicht mehr. Wir wollen mit ihm in Zukunft weder unsere Kämpfe, Räume noch Umfelder teilen. Wir wollen nichts mehr mit ihm zu tun haben. Und wir denken, dass andere wissen sollten, was die Gründe dafür sind.

[Deutschland] Aus einem Brief von Rainer Löhnert vom 30.01.2021

quelle: gefangenen.info



[Anm. d. R.: Rainer Loehnert ist seit 1986 in verschiedenen Knästen und Psychiatrien eingesperrt, wovon er sich lange in Isolation und auf „gesicherten Stationen" befunden hat. Momentan wird er in der forensischen Psychiatrie in BedburgHau(NordrheinWestfalen) gefangen gehalten.]

Lieber … ,
ich sitze hier mittags. Mir geht es nicht gut. Der Arsch fault mir weg (Anm. d. Red.: wegen eines Furunkels). Ich habe Risperdalspritze und zig Becher voll von verschiedenen Pillen zu trinken. Deshalb hab ich heute zwei mal Medikamente verweigert. Ich hab den Arzt angemeldet, aber er kam nicht. Was weiter geschieht weiß ich nicht. Ich werde hier seit 28 Jahren mit Neuroleptika behandelt. Wir Gefangenen hier sind jeder gegen jeden. Die meisten schnorren. Heute morgen hab ich in der Bruchstellen von ABC Wien ein Report über die Geiselnahme in der JVA Münster gelesen. Auch den Mord, den Entführer durch SEK erschießen zu lassen. Er hatte als Tatwaffe eine angespitzte Zahnbürste verwendet, der Nazi … ist hier. Es ist Samstag. Andreas Krebs, mein Genosse, hat mir aus dem Knast in Napoli geschrieben. Deine Karten und Briefmarken helfen mir immer sehr. Von meiner Brieffreundin aus Würzburg bekam ich drei Briefmarken, eine Schokolade und Umschläge geschickt. Darum kann ich jetzt für das Info berichten. Derzeit bin ich pleite. Geld hat mir noch nie was bedeutet. Geld ist die Hure des Kapitals. Ich hoffe nicht in Isolation zu kommen. Mein Kumpel … wecke ich jeden Tag um 11 Uhr. Er isst gerne und sonst verpennt er das Mittagessen. … bekommt von mir jeden Dienstag den „Spiegel". Ich habe den „Spiegel" vom Freiabo Berlin. Ich kann jetzt nicht lange sitzen. Wie gesagt, mir fault der Arsch weg; da darf auf keinen Fall Wasser dran. Ich habe mir vorhin den ganzen Arsch mit Antifugolsalbe eingerieben. Das Rauchen habe ich stark reduziert. Wegen der Ebbe im Portemonnaie. Zum Glück nehme ich keine Drogen, sondern nur Nikotin.

Ich möchte noch mal an meinen großen Lehrer Marco Camenisch und an Gabriel Pombo Da Silva erinnern. Gabriel ist auch alt durch den Knast, aber relativ gesund, schrieb ABC Wien. Auch den Genossen aus Wien gilt mein Dank. Ich habe eine gute Olympia Schreibmaschine von einem Kumpel. Er ist Tierarzt geworden und schickt sie mir per Post.

Meine Zelle wird zwei mal am Tag kontrolliert. Ich habe keine Drogen oder angespitzte Löffel, Metallmesser etc., ich gehe Ärger aus dem Weg. … aus Kurdistan geht es gut. Er kennt Abdullah Öcalan persönlich. Sie kommen beide aus den Kandil Bergen, wo Gücele laut Rote Hilfe Zeitung ein Massaker der türkischen Armee war. Hier ist unser Coronawinter und ich bete, dass es bald wieder Frühling wird. Speziell war ich auch vom Magazinkammer. Zusammen mit meiner Sozialarbeiterin habe ich viel ans Rote Kreuz und Roter Halbmond gespendet.
Ich will dir jetzt schreiben, das ich Arznei verweigert habe. Es kann sein, dass ich deswegen in den Intensivtrakt komme.

Danke für deine große Solidarität und grüße Musa. Ich hab ihm geschrieben. Was Musa und mich eint ist, dass wir Che als den bedeutendsten Guerillero sehen.

Dein Freund und Genosse Rainer Löhnert
30.01.2021 Bedburg Hau

Rainer Loehnert
Südlicher Rundweg 20a
Haus 1, Station F 1/2
47551 Bedburg Hau
Deutschland





Gedanken zur Zerschlagung der Grenzen Töten Demo in Innsbruck am 30.1.2021

quelle: emrawi.org



Wir waren am 30.01.2021 Teil der Grenzen Töten Demo in Innsbruck und wurden festgenommen. In Österreich formiert sich gerade verstärkt eine Bewegung gegen das europäische Abschiebe- und Grenzregime. Dieser Text ist ein Beitrag, der diese Bewegung stärken soll. Wir sprechen nicht im Namen aller von Repression Betroffenen.

Das war eine Falle.
Wir gehen davon aus, dass die Zerschlagung der Grenzen Töten Demo am 30. 1. 2021 in Innsbruck durch die Bullen geplant war. Dafür spricht, dass sie die Demo zunächst unter einem Vorwand anhielten – die Bestimmungen der Covid-Verordnung in Bezug auf den vorgeschriebenen Abstand von 2 Metern zwischen Personen seien nicht eingehalten worden – und dann massenhaft strafrechtliche Vorwürfe austeilten. Dass es den Vertreter_innen der Staatsgewalt nicht wirklich um den 2-Meter-Abstand ging, war vor Ort deutlich zu spüren. Die Bullen stoppten nicht etwa die gesamte Demo um sie dann mit mehr Abstand weitergehen zu lassen, sondern sie trennten in Vollmontur und behelmt den autonom-anarchistischen Block vom Rest der Demo ab, griffen ihn an und pfefferten in die Menge. Dass das nicht gerade zu mehr Abstand zwischen den Demonstrierenden sorgen konnte, muss dem Einsatzleiter klar gewesen sein. Zudem hielten die Leute im autonom-anarchistischen Block mindestens genausoviel Abstand voneinander wie die Leute in anderen Teilen des Demozuges. Der Angriff hatte nichts mit dem vorgeschobenen Grund zu tun. Vielmehr drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass die Leute im Block zum Ziel des Angriffs wurden, weil die Bullen sie für den radikalsten und am offensivsten auftretenden Teil der Demo hielten und der Angriff an der Stelle für die Bullen am besten öffentlich legitimierbar war. Es ist davon auszugehen, dass die Vorgehensweise bereits im Einsatzbefehl vorgesehen war. Ein Einsatzbefehl ist ein vor einer Demo innerhalb der Bullen ausgegebenes Dokument, in dem u.a. Delikte aufgelistet sind, deren Begehung von den Bullen „erwartet" wird, und aufgrund derer sie dann einschreiten sollen. Anders gesagt, es ist eine Liste von Paragraphen, die dann als Vorwand für Repression dient. Es ist plausibel, dass die Bullen die Covid-Verordnung im Fall der Grenzen Töten Demo als erste Eskalationsstufe vorgesehen hatten.

Hätte, hätte, Fahrradkette…
Die Bilanz des Tages würde besser aussehen, wenn wir verhindert hätten, dass die Cops einen Teil des Blocks vom Rest der Demo abtrennen und die Leute mit Anzeigen eindecken bzw. einkassieren. Wir glauben, dass das zu zwei Zeitpunkten hätte gelingen können: Erstens, indem wir die Kette, die die Cops vor unserem Block aufgezogen hatten, durchbrochen hätten. Dafür hätte es aber mehrere stabile vordere Reihen und entsprechende Absprachen gebraucht. Wir hätten dann mit mehr Wucht von hinten anschieben und durch die Bullenkette durchkommen können, bevor diese durch weitere Ketten verstärkt wurde. Im besten Fall hätte ein Durchbruch Leute vor Festnahmen und Strafverfahren bewahrt.

Nach ihrem Pfeffer-Einsatz bildeten die Bullen einen großen Kessel und innerhalb von diesem einen zweiten. Im inneren Kessel standen die schätzungsweise ca. 40 Personen, auf die sie es abgesehen hatten. Wenn wir versucht hätten, den inneren Kessel von beiden Seiten u durchbrechen, hätten die Bullen ein höheres Risiko eingehen müssen, um einzelne Personen aus einer Masse von ca. 150 Leuten herauszuziehen. Für eine solche kollektive Gefangenenbefreiung hätte es gleich am Anfang wohl am meisten Chance und Schwung gegeben. Im Nachhinein ist eins immer klüger, klar. Aber besser im Nachhinein klüger, als garnicht.

Ich heiß' Friedrich, wer seid ihr?
Als die Cops mit ihren Provokationen begannen, hörten wir von außerhalb unseres Blcoks immer wieder die Parole „Wir sind friedlich, was seid ihr?". Befremdlich finden wir, dass auch Leute im Block mit einstimmten. Wir nehmen an, dass Leute solche Parolen aus einem von mehreren Gründen verwenden: Entweder Leute haben tatsächlich vor, um jeden Preis „friedlich" an der Demo teilzunehmen. Es gibt viele gute Gründe, das tun zu wollen. Wir finden aber, dass ein schwarzer Block dafür der falsche Ort ist. Hier verkommen solche Parolen zum (wirkungslosen) Appell an den guten Willen der Bullen und delegitimiert entschlossenere, nicht „friedliche" Formen des Widerstandes.
Im Gegensatz dazu schließen wir uns auf Demos Black Blocks an, um als Gruppe Aktionen machen zu können. Und zwar Aktionen, die nicht an den Rahmen des Versammlungsgesetzes oder irgendeines Gesetzes gebunden sind. Diese Aktionen können „friedlich" sein, oder halt auch nicht. Wozu sollte eins ganz in schwarz im Block gehen, wenn mensch sich dann durch den „wir sind friedlich"-Spruch von offensiveren Handlungsweisen distanziert? Wir verstehen einen Black Block weder als Identität, noch als (zugegeben sehr schicken) Style. Er ist eine Taktik. Wenn sich ein Haufen Leute, die das Gleiche wollen, alle gleich anziehen, hat das die Funktion, dass die Bullen sie nur schwer auseinanderhalten können. Das schützt vor Repression. Es geht darum, als Kollektiv handlungsfähig zu sein. Nur dafür lohnt es sich, quasi-uniformiert herumzurennen.

Möglicherweise wollen Menschen mit der Behauptung „wir sind friedlich" auch ein bestimmtes Bild von sich selbst in der öffentlichen Wahrnehmung erzeugen: das von lauter Leuten, die nur ihr Recht auf Versammlungsfreiheit in Anspruch nehmen wollten, ganz im Einklang mit Recht und Ordnung. Abe alle, die am 30. Jänner mit uns auf der Straße waren, wissen, dass sich das mörderische europäische Grenzregime nicht trotz, sondern genau durch Recht und Ordnung aufrecht erhält. Also muss dieser Kampf radikal geführt werden. Wir halten es für einen fatalen Fehler, diese Radikalität verstecken zu wollen, ob im Auftreten auf Demos oder in der sonstigen Öffentlichkeitsarbeit. Dadurch, dass wir uns harmlose geben, als wir sind, können wirr uns nur kurzfristig Unterstützung von „gemäßigten" Gruppen und Parteien erwarten. Die sich dann bei erster Gelegenheit wieder von uns distanzieren. Und sich selbst als wehrloses Opfer darzustellen, motiviert auch nicht wirklich zum Nachahmen. Wir glauben, dass wir nur dann langfristig Verbündete gewinnen können, wenn wir zu unserer revolutionären Politik stehen. Unter anderem soll dieser Text ein Beispiel sein.

Gemeinsam stärker
Tatsächlich sind wir gemeinsam in zachen Situationen sehr stark. Es gab absolut positive Momente inmitten der ganzen Scheiße: z.B. die sofort aufgestellte Soliarbeit, dass Leute vor den PAZen abgeholt wurden, etc. Und die Solidarität in der Sammelzelle in der Bahnhofswachstube. Gefangene liehen einander Schuhe, wenn Leute, denen sie abgenommen wurden, aufs Klo mussten, damit sie nicht mit Socken in der Pisse stehen mussten. Es wurde solidarisch veganes Essen verlangt. Als die Bullen dann Leberkäsesemmeln brachten, wurde so zusammengetauscht, dass alle was kriegten. Es wurde über Sorgen geredet und einander Mut gemacht. Dieses Gefühl des Vertrauens und des Zusammenhalts ist unsere Geheimwaffe, dagegen sind die Bullen machtlos. Wir können es auch so sehen: die Vertreter_innen der Staatsgewalt haben durch den Versuch uns einzuschüchtern und zu brechen dafür gesorgt, dass wir in der gemeinsamen Erfahrung zusammengeschweißt wurden. Wenn wir uns das nächste Mal sehen, wissen wir, dass wir uns aufeinander verlassen können, und werden umso entschlossener gemeinsam handeln. Das soll nicht die psychischen Folgen verharmlosen, die Repression haben kann, aber: Repressionserfahrung kann auch in Kraft umgewandelt werden.

Gedanken zur inhaltlichen Stoßrichtung von Solikampagnen
Was die Bullen an diesem Tag mit uns abgezogen haben, ist absolute Scheiße. Es sollte wohl die Strafe dafür sein, dass wir unsere Unversöhnlichkeit mit dem mörderischen Abschiebe- und Grenzregime deutlich gemacht haben. Es mag stimmen, dass bei der Zerschlagung der Demo und dem anschließenden Verschleppen und Einsperren – in einer rechtsstaatlichen Logik gedacht – Grundrechte verletzt wurden. Sich in der Kommunikation nach außen hauptsächlich darauf zu fokussieren, finden wir aber nicht sinnvoll. Es hat wenig Sinn, von denselben Institutionen Grundrechte einzufordern, die andernorts Leute umbringen und auf deren Grundrechte systematisch scheißen. Genau darum ging es ja bei der Grenzen Töten Demo. Der Skandal ist nicht, dass im Zuge der Repression rechtsstaatliche Prinzipien verletzt worden wären. Vielmehr war das der funktionierende Rechtsstaat bei der Arbeit. Abschiebungen sind völlig legal. Der Einsatz von Pfefferspray durch Bullen ist völlig legal. Gewalt gegen Festgenommene anzuwenden ist legal. Strafrechtliche Anzeigen auszuteilen ist legal. Der Rechtsstaat an sich ist das Problem.

Dieser Gedanke mag aus einer weißen Mittelschichtsperspektive ungewohnt und furchteinflößend sein. Wenn wir es mit dem Kampf gegen das rassistische, kapitalistische Patriarchat ernst meinen, müssen wir uns dem aber stellen. Tatsache ist: sobald wir den Kampf intensivieren und eine Gefahr für die herrschenden Verhältnisse darstellen werden, werden die Vertreter_innen der Staatsgewalt ärger mit uns anfahren. So wie es in anderen Teilen der Welt bereits Realität ist: in Griechenland, in Myanmar, in der Türkei, in Indien, in Belarus.

Es wird unsere gemeinsame Aufgabe sein, einen Umgang damit zu finden, um handlungsfähig zu sein. Wir wünschen uns eine gemeinsame Soliarbeit, die das vermitteln will. Wir sehen es als Chance, vor uns selbst und anderen Glaubwürdigkeit zu gewinnen.

„Antifaschismus by Heart“ – Solidarische Kritik über den Umgang mit der Repression gegen Lina

quelle: kontrapolis.info



Warum der Kampf gegen Staat und Nazis Handarbeit bleibt

Wir, einige Anarchist*innen aus verschiedenen Städten, beobachten und verfolgen gespannt und in voller Solidarität das Verfahren um den 129-Fall in Leipzig. Bei dem eine Person seit November 2020 in U-Haft sitzt, eine weitere sich auf der Flucht befindet und noch viele mehr beschuldigt sind.
Abgesehen von der miserablen Berichterstattung der Medienhäuser, die uns nicht verwundert, sind wir doch recht erschrocken wie über diesen Fall geredet und über die öffentliche (nicht-)Positionierung.
Wir fragen uns, ob es an dem Umgang mit der Öffentlichkeit liegt, dass es nicht mehr praktische Solidarität mit der Inhaftierten Lina gibt. Uns jedenfalls, fiel es in den letzten Monaten schwer, ein eindeutiges Gefühl der Verbundenheit zu entwickeln.

Wir wollen hier eine wohlwollende Kritik am Umgang mit dem aktuellen Repressionsfall zeichnen. Wir wollen, dass sich das Umfeld, aber auch alle Menschen, die sich selbst in tiefer Feindschaft zu Nazis, Faschos und dem Staat, der diese ganze menschenfeindliche Scheiße hervorbringt und fördert, in ihren Kämpfen bestärkt fühlen und diese im besten Fall mit einer sozial-revolutionären Perspektive weiterführen und intensivieren.

Warum Antifaschismus und Angriff zusammen gehört und zu jeder Zeit richtig ist

Die Liste von Angriffen durch Faschist*innen ist lang und wird ununterbrochen länger: Die Anschläge von Hanau und Halle, die Mordserie des NSU, die Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen und Erfurt, die Brandanschläge von Mölln und Solingen. Das sind einige der Bekanntesten der vergangen 30 Jahre. Noch nicht erwähnt werden dabei die Baseballschläger-Jahre in den sogenannten „Neuen Bundesländern“ der 90er Jahren, die so viele Menschen, über mehrere Generationen hinweg, nachhaltig traumatisiert haben. Elitesoldaten und Beamte, die sich fleißig an Munitionsbeständen bedienen, sich gemeinsam als „Prepper“ organisieren. Kurze Erinnerung an den Fall des SEK Bullen aus Meck-Pom. Er wurde am Ende zu 21 Monaten auf Bewährung verurteilt, in den Medien als „etwas schräg“ verhandelt und als absoluter Einzelfall abgestempelt. In Chats unter den Mitgliedern der Preppergruppe „Nordkreuz“ wurde rechtsradikales Gedankengut ausgetauscht, wie der Richter in der Verhandlung zu diesem Fall sagte. Jedoch sei dies für den Prozess unerheblich gewesen.
Wenn wir uns den Berichterstattungen der heutigen Zeit widmen, dann ist die Erzählweise von Repressionbehörden und Medienlandschaft denkbar simpel. „Auf dem rechten Auge blind“- heißt es doch immer so schön – und diese Phrase wirkt hier recht passend. Ein dummes Arschloch, welches mordend durch Hanau läuft und 9 Menschenleben auslöscht, ein verwirrter Einzeltäter – nicht organisiert… ???
Uns verwundert das nicht sonderlich, auch wenn es uns immer wieder abstößt. Wir wissen was wir von diesem Staat, seiner Justiz und seinen Behörden zu halten haben. Denn auch wir haben die ein oder andere Erfahrung auf Nazidemos gemacht oder waren hier und da mal mit Nazi-Cops konfrontiert. Wir denken, dass sich sehr viele Menschen in diesen Erfahrungen wiederfinden: Linke/Antifaschist*innen oder Anarchist*innen als politische Gegner*innen und noch sehr sehr viele Menschen mehr, die nicht als „Deutsch“ gelesen werden und sich mit diesem Irrsinn täglich konfrontiert sehen.
Wir wissen oder haben am eigenen Körper gelernt, dass wir uns nicht ausruhen und uns auf staatliche Strukturen verlassen können. Ein Staat, der an den europäischen Außengrenzen mordet, der mit seinem Kriegsgerät Milliarden Umsätze macht- und mordet, ein Staat der weiterhin viele Strukturen aus der NS-Zeit in seinem System integriert hält. Gleichberechtigung und Solidarität sind mit seiner Existenz nie und nimmer vereinbar.
Daher braucht es null Komma null Rechtfertigung für Antifaschismus.
Antifaschismus in Wort und Tat ist einfach richtig und ist Handarbeit! Zu jedem Zeitpunkt und in jeder Form!

Weder Schuldig noch Unschuldig oder auch ‚Revolutionäre Solidarität‘

Wir freuen uns sehr, dass Lina sich nicht unterkriegen lässt und jegliche Zusammenarbeit mit Repressionsbehörden und dem Staat verweigert. Wir empfinden dies als Richtig und wollen hier noch einmal betonen, dass es uns nicht darum geht wer- wann- was gemacht hat oder nicht! Die Respressionbehörden unterstellen ihr, eine Sozialrevolutionärin (Linksextremistin im Behördensprech) und Antifaschistin der Tat zu sein. Die Presselandschaft versucht im Gegenzug das Bild der netten Studentin zu zeichnen, die in Minirock und roten Fingernägeln zu Miley Cyrus tanzt und als Pädagogin auch noch im Dienste des Staates steht.
Wir finden die Darstellungen, die Diskussion über Schuld und Unschuld und auch die Wichtigkeit einer solchen totalen Quatsch und wirklich völlig fehl am Platze. Hier werden nicht nur (vielleicht sogar aus falschem Wohlwollen) sexistische Bilder bedient, sondern wird auch die Ernsthaftigkeit und Richtigkeit von direkten Angriffen (auch gewalttätigen) gegen Nazis und Faschist*innen in Frage gestellt und untergraben.
Unsere Aufgabe, und auch eine Aufgabe von Solidarität unter Antifaschist*innen, Sozialrevolutionär*innen, Anarchist*innen ist die Aktionen, die Militanz und Kämpfe in ihrer Kontinuität fortzuführen und zu verteidigen. Für uns gehört dazu auch zu diskutieren und uns die Frage zu stellen, ob Ort, Zeit und Art einer spezifischen Aktion angemessen und vertretbar sind. Sicherlich machen wir darin auch Fehler. Aber wir müssen nicht, nein Falsch, wir sollten niemals die Aufgabe von Ermittlungsbehörden übernehmen.
Sie und auch die Justiz sind nicht unsere Referenz von Diskussion. Wir müssen uns damit beschäftigen, dass es den Menschen gut geht die gerade von Repressionsschlägen direkt betroffen sind. Dafür ist eine wichtige und große Aufgabe verantwortungsvoll für unsere gefangenen Gefährt*innen und Freund*innen zu sorgen. Eine weitere ist es auch unsere Kämpfe fortzuführen, denn Nazis sind immer noch gut organisiert und bewegen sich selbstbewusst in ihren Territorien.
Wir finden es aufgrund der uneindeutigen Öffentlichkeitsarbeit nicht leicht nachzuvollziehen, was von Lina und ihrem Umfeld gewollt ist. Wir sind uns allerdings sicher, dass ein Schüren von Mitleid, eine Inszenierung von der Betroffenen als eigentlich unschuldiges Opfer kein integrer Weg der solidarischen Unterstützung sein kann. Wenn nicht wir selbst, wer soll dann die Notwendigkeit unserer Kämpfe verteidigen?
Die Erfahrung aus vielen Repressionsfällen zeigt, dass es Menschen sehr den Rücken stärkt, wenn sie sehen, dass Kämpfe, in deren Kontext sie Repression erfahren, fortgeführt werden. Wenn in diesem Fall also weiterhin konsequent gegen Nazis und andere Autoritäre vorgegangen wird, wenn Menschen vor die Knäste ziehen, um ihre Ablehnung gegen eben jene zu demonstrieren, wenn Menschen sich weiterhin kollektiv aufeinander beziehen, dann ist das praktische Solidarität.

Der Paragraph 129 ist dazu geschaffen worden Menschen zu beschnüffeln, auszuspionieren und Leute unter Druck zu setzen. Wenn wir behaupten: „ Sie/Er war es nicht“ behaupten wir im gleichen Moment „Es war jemand anderes“. Es gibt keine Notwendigkeit diese Aussage zu tätigen.
Wir wissen doch wer wir sind! Wenn wir uns im Klaren darüber sind, welche Entscheidungen wir treffen, können wir uns mit geradem Rückgrat jeder schweren Situationen stellen. Es ist super wichtig im Falle von Repression, nicht das Gefühl der Einsamkeit zu bekommen. Es ist wichtig nicht dem Eindruck zu verfallen, dass irgendwer an irgendeinem Punkt in seinem/ihrem Leben die „falsche“ Abzweigung genommen hat.
Dies können wir tun, indem wir Aktionen machen, die den Gefährt*innen ein Lächeln in ihr Gesicht zaubern, indem wir Briefe schreiben, Poster anfertigen, Infoveranstaltungen machen, zu Demos gegen Faschos aufrufen oder wie auch immer uns gerade der Kopf steht.
Es gibt keine Notwendigkeit sich von Wort und Tat zu distanzieren oder Menschen in das Licht der Unschuld zu rücken.
Wir sind Schuldig: Denn wir wollen den Staat abschaffen, wir kämpfen gegen Faschismus und für ein Leben ohne Machtstrukturen.

Freiheit und Glück für Lina, der Person auf der Flucht und allen in dem Verfahren Beschuldigten!

Anarchist*innen



[Deutschland] Repression im Knast Moabit geht in die nächste Runde: macht Druck!

quelle: criminalsforfreedom.noblogs.org



Wieder waren Wärter*innen in der Zelle von Kay Schedel, wieder klauten sie ihm persönliche Gegenstände. Zur Erinnerung: nach der Kundgebung für Ferhat Mayouf am 23.01 wurde Kay, welcher auf der Kundgebung von dem Mord an Ferhat berichtete, am 28.01 körperlich durchsucht und seine Zelle gerazzt. Weil Kay das nicht einfach hinnehmen wollte, schrieb er Martha Wedra, Knastmitarbeiterin, am 27.03 folgende Zeilen:
„Aus Ihren oben genannten Schreiben geht immer noch nicht hervor, was für ein Verdacht die Leitung (Frau Stein, Frau Wedra) gepflegt hat, solch eine Maßnahme vom 28.01.2021 anzuordnen. (…) Daher bleibt weiter der Verdacht bestehen, dass das eine angeordnete willkürliche repressive und rechts-widrige Machtdemonstration der Leitung war, da ich meine Rechte und Freiheiten abermals auf einer Demonstration wahrnahm und unter anderen die JVA öffentlich angeprangert habe. Auch geht nicht hervor das ihre unterstellten Bediensteten es gestattet, meine privaten Sachen und Eigentum zu zerstören, zu beschmutzen oder gar zu entwenden. Private frisch gewaschene Kleidung auf den Fußboden meiner Suite zu verstreuen ist fernab jeglichen Verstandes und zeugt nicht gerade von geistiger Reife ihrer unterstellten Bediensteten. (…) Außerdem beanstande ich fortführend die fehlende Erforderlichkeit/Verhältnismäßigkeit die mit einer vollständigen Endkleidung verbundenen körperlichen Untersuchung und einer Arschlochinaugenscheinnahme durch die Bediensteten und keines ärztlichen Dienstes einher ging. (…) Abschließend sei zu erwähnen, dass jede weitere menschenunwürdige willkürliche und repressive Verfehlung der JVA Berlin Moabit mir gegenüber durch Ihnen mittlerweile bekannt gewordenen Vereinen und Orgas wie Criminals for Freedom, Rote Hilfe, Death in Custody an die Öffentlichkeit gelangten und werden.“

Nachdem Kay diesen Brief abgeschickt hatte, musste er natürlich gleich wieder die Konsequenzen spüren. Seine Angehörigen schreiben:

„nachdem Kay diesen Brief versendet hatte schlugen sie heute, den 29.03.21 massivst wieder zurück. Nach der Razzia letzte Woche nun heute eine Haftraumrevision von der Sicherheit. Von 10:30 bis 12:00 Uhr wurde Kay aus seiner Suite gezogen, sein Mitbewohner kam vom Sport und beide wurden in einem Raum ohne Tisch geparkt. Nach der Überprüfung war Kay sein Telefon tot. Sie entnahmen Tabak, Hülsen und Feindrehfilter und zur Krönung kamen noch Bilder hinzu. Nun haben die Schlusen Bilder von seiner Freundin und das Gedenkbild von seinem toten Onkel. An seinen Akten waren sie auch wieder -ohne sein Beisein-, ein Entnahmeprotokoll gab es auch nicht. Die Bilder waren im Schrank und damit nicht sichtbar. Man beschneidet ihn nun in seinen Rechten und drückt ihn zu Boden. Kay kämpft und schreibt.“

Die Angehörigen schrieben daraufhin Anke Stein am 30.03.21:
„Kay informierte uns gestern über seine Haftraumrevision durch die Abteilung Sicherheit. Aus welchen Gründen nahm man unserem Sohn Bilder, die sich in Folie und zusätzlich im Schrank befanden, weg? Es waren sehr intime Fotos dabei, Freundin im Bikini und nun ergötzen sich ihre unterstellten Bediensteten an diesem Bild, oder wie? Ein Bild war von der Beerdigung seines Onkels, dieser starb letztes Jahr. Wir haben Kay die Bilder geschickt, weil wir ihm die Beerdigung unter den damaligen (jetzigen) Umständen [Anmerkung C4F: gemeint ist der Umstand, dass Kay während der Beerdigung des Onkels schon im Knast saß] nicht zumuten wollten. Und nein, wir bettelten nicht bei der deutschen Justiz. Haben wir nicht nötig. Auch wurde Kay Tabak und Zubehör abgenommen mit der Begründung es ist eine *Ermessensfrage.* Kann dann jeder machen was er will, in Ihrer ach so toll geführten JVA? Auch mussten beide Schutzbefohlene ihr Mittagessen ohne am Tisch sitzen zu können einnehmen. Wir haben unseren Sohn anständig erzogen und gegessen wird am Tisch. Wir wissen ja nicht wie ihre Essgewohnheiten aussehen. War mal wieder eine willkürliche repressive Maßnahme ihrer Unterstellten den Schutzbefohlenen gegenüber. Anscheinend macht es Ihren Unterstellten Spaß den Schutzbefohlenen gegenüber menschenunwürdiges und menschenverletzendes Verhalten entgegenzubringen. Zum wiederholten Mal vergriffen sich die Bediensteten an Unterlagen an denen sie nichts zu suchen haben. Geschieht dieses im Auftrag? Zum Glück ist unser Sohn ein Kämpfer. Wie immer erwarte ich auf meine Mail keine Antwort, schlucken sie es runter. Ende“

Kay stellte außerdem am 30.03.21 Strafanzeige gegen Anke Stein. Der Druck scheint erste Wirkungen zu zeigen: am 01.04.21 wurde ihm sein Tabak wiedergegeben. Bei der Wiedergabe entstand durch den Wärter ein unglaublich geistesarmer Dialog, welchen Kay dokumentierte:

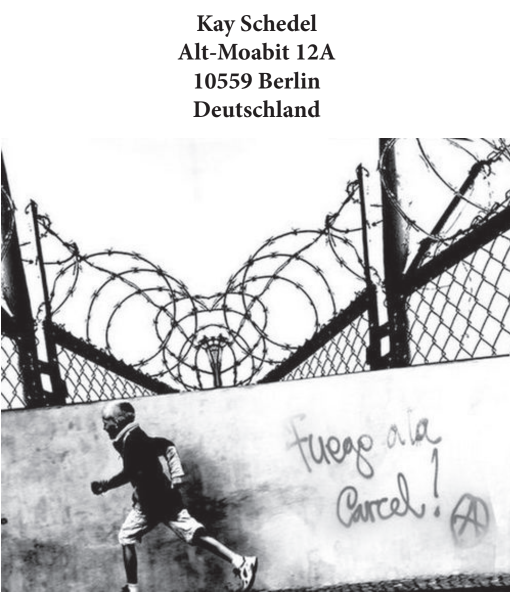
„Am 01.04.2021 gegen 11.00 Uhr saß ich bei guter Musik und Pott Kaffee am Tisch und traf Vorkehrungen, wie ich meinen Antrag gemäß § 119 a StPO gestalten könnte, zwecks der Zellenrazzia vom 29.03.2021. Es wurden mir Tabak, Hülsen und Feindrehfilter durch die Abteilung Sicherheit des staatlichen geförderten Ferienlager Moabit entwendet. Plötzlich öffnete sich meine Tür und eine andere Schluse der Sicherheit, die am 29.03.2021 bei der Razzia nicht zugegen war, stand vor mir. Ich sah, wie diese mein vermissten und entwendeten Tabak etc. bei sich trug. Er sagte: ‚Herr Schedel hier haben sie Ihren Tabak etc. zurück‘ Ich erwiderte: ‚ach was, wie kommt der Sinneswandel?‘ Er äußerte sinngemäß: ‚zu viele Tabakpackungen gefährden die Sicherheit und Ordnung der Anstalt, sowie könnten sie als ein Depot für Drogen und Handys zweckentfremdet werden, auch sei die Übersicht des Haftraumes gefährdet gewesen. Es sei außerdem ein Indiz dafür, dass der Tabak nicht nur zum Eigenbedarf verwendet wird, sondern auch um Geschäfte nachzugehen, da der Tabak Red Bull Halfzware nicht kompatibel sei mit dem Gizehfilterhülsen. Das Stopfen sei doch unmöglich‘. Ich antwortete: ‚der Red Bull Tabak ist ein Feinschnitt lt. Banderole und sehr wohl zum stopfen der besagten Hülsen geeignet. Es ist kein Grobschnitt den man erst zerkleinern muss‘. Er sagte: ‚ach so, das wussten wir nicht‘. Ich dachte mir nur, ist das jetzt seine Kernkompetenzaussage gewesen? Soviel zum Thema nicht die hellste Kerze auf der Torte oder doch eine schädliche Strahlenbelastung beim Durchleuchtungsgerät im Laufe der Zeit abbekommen?

Des weiteren sprach er an, wir (die JVA Berlin Moabit/Sicherheit) haben ein Ermessensspielraum und könnten selbst entscheiden. Ich sagte: ‚Stopp ! laut UVollzG Berlin § 18 darf ich Tabak via Massak beziehen. Es steht lediglich geschrieben, Mengenmäßig zu beschränken. (…) Bezüglich der „Gefährdung“ der Übersichtlichkeit des Haftraumes sei zu erwähnen, dass der Tabak, Hülsen, etc. in einer Plastikbox unter dem Bett geparkt war und somit die Übersicht meiner Suite zu keinem Zeitpunkt gefährdet war.‘ Er antwortete: ‚Handys könnte man in eine Tabakpackung verstecken‘. Ich sagte: ‚Sie können die Tabakpackungen durchleuchten‘. Er erwiderte: ‚Drogen könnte man verstecken, die sehen wir nicht in der Durchleuchtungsanlage‘. Ich darauf: ‚die Tabakpackungen seien alle noch Original verpackt, verschweißt und die Steuerbanderole sei auch intakt gewesen, somit könnten dort keine Drogen inhaltlich sein, zumal sie mit ihrer willkürlichen und repressiven Aktion nur Mehrarbeit verursacht haben‘. Ich merkte, dass die Schluse kein Interesse an einer langen, fachlichen Diskussion hatte und fragte wo die Bilder von meinen Angehörigen in der Klarsichtzippertüte geblieben sind. Die würde ich nicht wieder bekommen, da ich bereits mindestens 20 Fotos an meiner Pinnwand habe. Auch würde es kein Entnahmeprotokoll diesbezüglich geben und die Bilder sollen meiner Habe angeblich zugeführt worden sein. Ich gehe mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon aus, es war wieder mal ein Versuch mich zu sanktionieren und zu schikanieren.“

Tabak erhielt er also wieder zurück, die Bilder seiner Angehörigen aber nicht. Deswegen rufen wir an dieser Stelle dazu auf, den Druck zu erhöhen – damit Kay die Bilder wiederbekommt. Lasst uns zeigen, dass wir es mitbekommen, wenn sie Gefangene drangsalieren und dass ihre Schikanen nicht unbeantwortet bleiben.

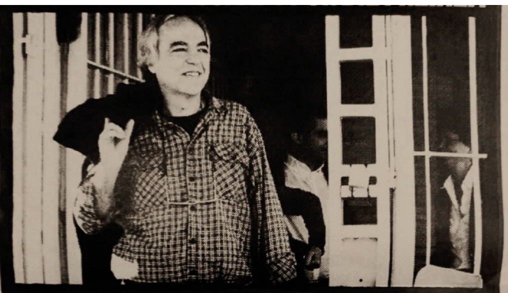
Nervt den Knast, indem ihr anruft, zieht die Verantwortlichen, also Anke Stein und Martha Wedra, zur Rechenschaft, schickt Kay solidarische Botschaften und und und. Die Möglichkeiten des Widerstandes sind vielfältig, nutzt sie!

Kay Schedel
Alt-Moabit 12A
10559 Berlin
Deutschland



[Griechenland] Dimitris Koufontinas: Ein Sieg des Lebens, nicht des Todes

quelle: enough-is-enough14.org



Der kaltblütig geplante staatliche Mord an Dimítris Koufontínas wurde im letzten Moment durch den Inhaftierten selbst verhindert. Nach Wochen, in denen täglich zehntausende Griech*innen für seine Forderung und gegen Polizeigewalt auf die Straße gingen, unterbrach Koufontínas am 14. März 2021 nach 66 Tagen seinen Hungerstreik.

„Im Bewusstsein der Bevölkerung hat sein Kampf um Gerechtigkeit gesiegt. Es ist ein Sieg des Lebens, nicht des Todes“, betonten unterstützende Anwälte.

Das Exempel, das die außerhalb des Rechts und immer authoritärer agierende Regierung, an dem seit 2002 Inhaftierten statuieren wollte, hatte nichts mehr mit rechtsstaatlichen Grundsätzen und demokratischen Werten zu tun. Die Entscheidungen von Ministerpräsident Kyriákos Mitsotákis, seines „Bürgerschutzministers“ Michális Chrysochoídis, und der für die Haftanstalten zuständigen Generalsekretärin für Antikriminalitätspolitik, Sofia Nikoláou, wurzeln auf Hass, persönlicher Rache und reaktionärem Größenwahn. Überzeugt davon Kraft ihrer Macht niemandem Rechenschaft ablegen zu müssen, betreiben sie die gezielte Vernichtung eines Menschen. Gestützt auf die Regierungspartei Néa Dimokratía (ND), auf die durch millionenschwere Coronazuschüsse gekauften Massenmedien, auf die US-Botschaft in Athen, und eine losgelassene Polizeiarmee. Seit Monaten prügeln, verhaften und foltern deren Sondereinheiten, verschießen Tränengas und Blendschockgranaten und genießen absolute Straffreiheit.

Ja, Koufontínas hat mächtige Feinde die ihn noch immer lieber tot als lebendig sähen. Und ja, die Verlegung nach Korydallós hat er nicht erreicht. Doch erstmals seit Machtübernahme der ND, haben Zehntausende ihre Angst überwunden und sich den Polizeitruppen auf der Straße mit Erfolg entgegengestellt.

Seit dem 8. Januar 2021 befand sich Koufontínas im Hungerstreik. Seit Tagen hing sein Leben am sprichwörtlichen seidenen Faden. Der seit 19 Jahren Inhaftierte ist das mit Abstand bekannteste Gesicht der 2002 zerschlagenen „Revolutionären Organisation 17. November“ (17. N). Im Gegensatz zu anderen verurteilten ehemaligen Mitgliedern, hat Koufontínas die politische Verantwortung für die Taten der Organisation übernommen und nie Reueerklärungen abgegeben. Genau das werfen ihm maßgebliche Politiker*innen der ND, allen voran der mächtige Mitsotákis-Clan seit Jahren vor. Sie knüpfen damit an die Tradition des Metaxá-Faschismus (1936-41) und der Militärdiktatur (1967-74) an. Inhaftierte linke, anarchistische und kommunistische Oppositionelle mussten Reueerklärungen unterschreiben und sich von linken und kommunistischen Organisationen distanzieren um aus der Haft entlassen zu werden. Viele derjenigen, die nicht abschworen, starben durch Folter oder Hinrichtung.

„Die Demokratie lässt sich nicht erpressen“ – lautete die penetrant wiederholte Phrase der ND-Regierung auf Koufontínas´ Forderung. Eine „Demokratie“ von Mitsotákis´ Gnaden. In der eine mächtige Familie über das Leben Inhaftierter bestimmt. 2003 wurde Koufontínas wegen Mitgliedschaft im 17. N und der Beteiligung an einigen der von der Organisation begangenen Morde zu 11 mal lebenslänglich plus 25 Jahre verurteilt. Als er 2018 erstmals Hafturlaub erhielt und in ein Agrargefängnis verlegt wurde – dort können Inhaftierte mit Feldarbeit die Strafzeit vermindern – nahm die Kampagne von ND, US-Botschaft und rechter Presse gegen ihn Fahrt auf. Eines der Opfer des 17. N war 1989 der konservative Politiker Pávlos Bakogiánnis, Schwager des heutigen Ministerpräsidenten, Ehemann der früheren Außenministerin und heutigen ND-Parlamentarierin, Vater des aktuellen Bürgermeisters von Athen. 1975 war das erste Opfer des 17. N, der CIA-Chef in Athen, Patrik Welch, weitere 4 Offiziere des US-Geheimdienstes und der US-Armee folgten.

Seit 2018 kündigten ND und Mitsotákis wiederholt an, die Verlegung von Koufontínas in ein Agrargefängnis und alle Hafterleichterungen rückgängig zu machen. Gesagt, getan, womit Sie erneut bewiesen, dass in Griechenland nicht gleiches Recht für alle gilt (Sonderrechte für korrupte Politiker*innen, Privilegien fürs Großkapital und Straffreiheit für gewalttätige Bullen sind auch so deutlich genug). Nun kam die Doppelt- und Dreifachbestrafung, 20 Jahre nach dem juristischen Urteil hinzu. Mit Artikel 3 des Gesetzes 4760/2020 wurde Ende letzten Jahres eine eigens auf Koufontínas zugeschnittene Vorschrift erlassen. „Es ist verboten, wegen Terrorismus Verurteilte in Agrargefängnisse (…) zu verlegen“, heißt es dort. Der einzige deshalb Verurteilte in einem Agrargefängnis war Koufontínas. Mit dem gleichen Gesetz verlor er das Recht auf Hafturlaub, der ihm schon seit Regierungsantritt der ND 2019 unrechtmäßig verweigert wird. Obwohl allen, die mindestens 8 Jahre Haft abgesessen haben, Hafturlaub zusteht. Nur für „Linksterroristen“ gilt dies nicht mehr da nur Linke wegen Terrorismus verurteilt werden.

Laut Gesetz hätte Koufontínas zumindest zurück ins Gefängnis Korydallós bei Athen verlegt werden müssen, wo er die ersten 16 Jahre seiner Haft verbrachte. Stattdessen wurde er ins zukünftige Hochsicherheitsgefängnis Domokós verschleppt. All seine Verlegungsanträge wurden mit fadenscheinigen Gründen und Lügen abgelehnt. Dies als Ergebnis einer weiteren Reform, die dem Justizapparat die Kontrolle über die Haftanstalten entzog und sie direkt „Bürgerschutzminister“ Chrysochoídis unterstellte. Dem in der USA ausgebildeten „Minister zum Verprügeln der Bürger“ (Tageszeitung Efimerída ton Syntaktón), dem 2002 auf dem gleichen Posten, noch als Pasok-Mitglied, in enger Zusammenarbeit mit der CIA die Zerschlagung des 17. N gelang.

Koufontínas Hungerstreik war ein politischer Akt des Protests und der Notwehr. Konsequent nahm er – „statt mich wie Dreck behandeln zu lassen“ – dabei auch den eigenen Tod in Kauf. Und er erhielt viel Unterstützung. Durch den Bürgeranwalt, eine unabhängige Behörde mit dem Recht Gefängnisse zu betreten und Beschwerden zu prüfen. Durch Amnesty International, unzählige Gewerkschaften, linke und anarchistische Organisationen, Rechtsanwältevereinigungen, die Staatsanwältevereinigung, Uniprofessor*ìnnen, mehr als 1000 Schauspieler*innen, Musiker*innen und 1250 Rechtsanwält*innen, die sich namentlich für seine Forderung stark machten. Die Fraktionen von Syriza, Mera25, KKE und der sozialdemokratischen Pasok-Nachfolge Kinal forderten „Rechststaatlichkeit für Koufontínas“. Und trotz brutaler Polizeirepression demonstrierten Zehntausende täglich in Athen und anderen Städten.

„Ich danke allen Freund*innen und Genoss*innen für ihre Solidarität und allen fortschrittlichen Menschen für ihre Unterstützung. Diese galt nicht einem einzelnen Menschen, sondern einem Moment des Kampfes gegen eine unmenschliche Regierung“, so Koufontínas in der durch seine Anwältin Joánna Kourtovik veröffentlichten Erklärung am 14. März 2021. „Was jetzt draußen auf den Straßen geschieht ist viel größer als das wofür es begonnen wurde. Mit meinem Herzen und in meinen Gedanken, bin ich mit euch auf der Straße.“

Koufontínas hat überlebt. Mitsotákis und Chrysochoídis werden sich nicht als seine Mörder verantworten müssen. Und auch die der Beihilfe durch Unterlassung verdächtige CDU, alle in der EVP zusammengeschlossenen konservativen Parteien, und die EU-Kommission, die sich „nicht in innere juristische Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten einmischen“ wollten, werden sich bestätigt sehen. „Die Demokratie lässt sich nicht erpressen.“ Als Anarchist*innen, Autonome und Linksradikale sollten wir innehalten und überlegen, ob es sich weiterhin lohnt für „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ zu kämpfen. Wie wir es – um Schlimmeres zu verhindern – seit Jahrzehnten tun. Oder ob wir sie nicht endlich zum Teufel jagen, ihre „Demokratie“ demaskieren und ihnen die Macht entreißen.

No Justice, no Peace!



[Deutschland] Zwischen den Fronten – Demobericht einer Angehörigen

quelle: kontrapolis.info



Eine Angehörige eines Gefangenen aus dem Knast Moabit nahm an der Demonstration „Gegen Repression, Polizeigewalt und Knast“ am 19.03.21 teil und beschreibt im Folgenden ihre Erlebnisse, Gedanken und Gefühle. Die gelebte Solidarität, welche hier beschrieben wird, ist es wert gelesen und gehört zu werden. Auf dass alle Situationen, in welchem Bullen versuchen, uns zu drangsalieren oder festzunehmen, so ablaufen!

„Am Freitag, den 19.03.21 war mal wieder Demo angesagt. Mein Mann und ich nahmen logischer Weise aus familiären Gründen wieder daran teil. Wir trafen uns mit Freunden vor Ort.

Los ging es ca. 18.10 Uhr vom U-Bahnhof Turmstr. quer durch Moabit. Wir liefen am Anfang im Block mit und waren sehr erstaunt wie lautstark, wütend (gerechte Wut) die Stimmung war. Am Straßenrand standen Anwohner und begrüßten den Demozug. Alle achteten auf den Mindestabstand und trugen Masken zum Schutz vor Corona. Es war laut, sehr laut. Einige Organisationen hielten Beiträge über den Lautsprecherwagen und alle lauschten gespannt zu, egal ob Teilnehmer oder Anwohner.

Da die Demo durch Wohngebiete verlief, wurde es an einigen Stellen sehr eng. Nachdem ich über Bordsteinkanten, Einengungsklamotten der Fahrbahn stolperte, die Begrenzungspfosten permanent übersah und meine Brille durch meine FFP2 Maske beschlug, entschieden wir uns auf dem Fußweg zu laufen. Lieber ein Hindernislauf auf dem Fußweg als noch zu stürzen. Nun hatten wir aber das Problem mit den Bullen. Permanent drängelten sie sich zwischen meinen Mann und meiner Wenigkeit. Jedesmal bekamen sie einen Anschnauzer von uns, schien denen Garnichts auszumachen. Immer wieder grätschten sie uns in unseren Abständen hinein und wirkten auf uns wie besessen. Da der Demozug ein ordentliches Tempo vorgab, hatten die Bullen mal wieder körperliche Ertüchtigung während der Dienstzeit zu absolvieren. Happy. Einige schienen es sehr nötig zu haben. Jedenfalls lief der Demozug rechts, links wieder rechts und so weiter. Wir kamen dann wieder an der Turmstr. an und bewegten uns nun Richtung JVA Moabit. Der zurzeit verfluchteste Ort unseres Lebens. Wir blieben auf dem rechten Gehweg und hatten somit freie Sicht in allen Richtungen. Vor uns, hinter uns schnieften die Bullen. Dann war mal wieder tierfreie Zone. An der Kreuzung Rathenower Str. Ecke- Alt Moabit wollte ein Demonstrant auf das Dach der Bushaltestelle, um anscheinend besser die Jungs sehen zu können. Wäre garantiert ein super tolles Foto geworden. Leider wurde er sogleich entdeckt und ein Bulle hinter uns schrie nur zu seinen Kollegen „hol den da runter, sofort“. Just in diesem Moment wurde dem Kletterer an den Beinen gezogen, ohne Rücksicht auf Verletzungen. Den Bullen war es egal,wie er unten landet. Parallel bekam mein neben mir laufender Ehegatte einen Stoß von hinten und war urplötzlich zwei Meter vor mir und konnte sich gerade noch so abfangen. Jedenfalls stürzten sich etliche Bullen auf den am Boden liegenden Mann. Ich stand da, war geschockt. Eh ihr Viecher, der liegt doch schon am Boden. Was wollt ihr noch von ihm? Schlagartig änderte sich die Stimmung und drohte zu kippen. Die Bullen waren nun zu einer Herde mutiert und deckten sich gegenseitig. Ich zog meinen vor Wut kochenden Mann aus der Herde rückwärts heraus, was mir erst beim dritten Mal gelang. Wechselbad der Gefühle in mir, mein Mann war gerettet und stand wieder neben mir. Dann kamen dem am Boden liegendem Mann sehr viele aus dem Block zur Hilfe und zogen auch ihn heraus. Das Knäuel löste sich wieder und beide Seiten standen sich gegenüber. Das ist Solidarität und Zusammenhalt, Einer für Alle und Alle für Einen. Wir waren begeistert! Nun bekamen die Typen in Uniform noch einige Ansagen, was sein muss muss sein.

Wie passend, dass die Guten links (von uns) und die Bösen rechts waren.

Nach einigen Beiträgen vorm Knast Moabit war dann auch die Demo beendet, kurz vorher zogen sich die jungen Bullen in ihre Brutkästen zurück, die mit laufenden Motoren am Straßenrand standen.“

passiert am 07.04.2021

[USA] Brief von Eric King: FDC Englewood

quelle: supportericking.org, übersetzt von abc wien



Wenn jemand auf Bundesebene angeklagt wird, wird er entweder in eine private Haftanstalt oder in ein Bundesgefängnis geschickt (oder durch Verträge mit den US-Marshals (1) im Bezirksgefängnis festgehalten). In Florence angeklagte Personen werden zum FDC (2) Englewood geschickt. Im Moment sind dort „abortion bombers“ (3), Leute, die Mörder genannt werden, Leute, die Bandenführer genannt werden untergebracht, nicht aber ich. In den letzten 19 Monaten haben mich die Verwaltung oder die US Marshals (oder beide) ohne Angabe von Gründen in der SHU (Segregated Housing Unit) festgehalten.

Im FDC können sich die Leute auf die Verhandlung vorbereiten. Sie können ihre Anwält*innen täglich anrufen und von ihnen persönlich besucht werden, um alle Beweise gegen sie zu überprüfen. Im FDC haben die Gefangenen täglich Zugang zur Rechtsbibliothek und können alles ausdrucken, was für ihren Fall relevant ist. In der SHU ist mir ein 15-minütiges Telefongespräch pro Woche mit meinem Anwalt erlaubt, wir hatten noch nie einen persönlichen Besuch, über eineinhalb Jahre nach der Anklageerhebung konnten wir immer noch nicht alle Beweise durchsehen. Es gibt hier eine juristische Bibliothek und nachdem man einen schriftlichen Antrag ausgefüllt hat, werden die Wachen dich dort hinbringen…. JEDOCH kann es Wochen dauern, Dokumente auszudrucken, wenn sie überhaupt abgerufen werden. Man wird dir das Papier in Rechnung stellen und dann sagen, dass du nie etwas ausgedruckt hast und es vielleicht nächste Woche noch einmal versuchst?

Im FDC zu sein, bedeutet eine normale Erfahrung vor dem Prozess. Du konntest Freunde und Feinde finden, ausgewählte Fitnessgeräte benutzen und täglich duschen. Du bekommst die frische Luft draußen zu spüren, wenn du Basketball spielst oder einfach nur auf und ab läufst. Du kannst deine Familie anrufen oder mailen, so viel du willst, du hast eine Zellentür, so dass du S*** kannst, ohne dass eine Wache deinen Status überwacht. Es gibt eine richtige Kantine, in der du dir dein Essen zubereiten kannst und du kannst Lieder für deinen mp3-Player kaufen. Es ist möglich, Bindungen zu den Menschen um dich herum aufzubauen, ihre Geschichten zu hören und deine zu teilen. Wenn du einen Disziplinarvermerk bekommst, gehst du in die SHU und sitzt deine Zeit ab (Sanktionen, die festgelegte Zeit, die du in der Absonderung verbringst), dann kommst du zurück, business as usual.

Seit ich wieder hier bin, habe ich gesehen, wie die Belegung der gesamten SHU gewechselt hat, außer mein Nachbar Smiles und ich, der sich die letzten 8 Monate „richtig“ verhalten hat und trotzdem im unklaren gelassen wird wie er wieder aus der SHU entlassen wird. Vor Tagen wurde jemand, der vor mehreren Mitarbeitern masturbiert hatte, zum zweiten Mal wieder zugelassen, Smiles und ich warten immer noch…

Der Admin lügt immer und immer wieder, es ist ein Psychospiel „wenn du das machst, werden wir dich belohnen“, dann kommt irgendeine andere Ausrede. Die Hauptausrede ist, ich sei eine „Bedrohung für die Sicherheit“, niemand kann mir erklären, was das bedeutet, das ist keine Bestimmung. Es gibt kein Handbuch, das ich lesen kann, um weiter zu verstehen, zu was ich als „Bedrohung für die Sicherheit“ berechtigt bin. In der Zwischenzeit werden wir weiter warten, einen schwierigen Prozess ausfechten und gleichzeitig versuchen, unseren Verstand zu bewahren. Die Richter:innen und Staatsanwält:innen werden sagen, dass alles in Ordnung ist, aber ich habe die Sterne seit zweieinhalb Jahren nicht mehr gesehen.

The system is rigged

This is why we fight

(1): United States Marshals Service = Behörde des Justizministeriums der USA

(2): Federal Detention Center (FDC) = US-Bundesgefängnis

(3): abortion bomber = Menschen, die Bombenanschläge auf Abtreibungskliniken verüben

